

Flucht und Migration – Menschenwege nach Hamm

Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung e.V.

FUGEN
ENGE

NEWS 1/2014



Editorial

Zwei Frauen und vier Kinder – in einer Wohnung ohne Strom und Wasser. Und das für 600 Euro Miete! Vor Kurzem machte dieser Fall aus Heessen Schlagzeilen in Hamm. Bulgarische Einwanderinnen, die abgezockt wurden. Es gibt immer auch Menschen, die ihr Geschäft mit der Not der anderen machen. Schlepperbande gehören dazu, die die überfüllten Schiffe auf eine ungewisse Fahrt über das Mittelmeer schicken – zu horrenden Preisen.

Wir wollten von den Menschen wissen, die auf verschiedenen Wegen auch zu uns nach Hamm gelangen. Warum verlassen sie ihre Heimat? Wie gelangen sie zu uns? Aber vor allem: Wie ergeht es ihnen in Hamm?

Wir haben Erfahrungen gesammelt – zum Beispiel von Nelli, der von Hamm aus die Initiative „Flüchtlinge in Deutschland als Akteure“ ins Leben gerufen hat. Wir haben in die Wohncontainer geschaut (S. 2+3) und Lehrerinnen nach ihren Erfahrungen gefragt (S. 4+5).

Aber wir wollten auch wissen, was denn unsere Parteien im Rat der Stadt Hamm tun, um die Menschen, die aus ihren Ländern fliehen müssen, hier aufzunehmen. So darf sich unsere Wahrnehmung

der Kultur von Einwanderern nicht nur auf „Folklore“ und „Kulinarisches“ beschränken – sie haben weit mehr zu bieten!

Hintergründe zur gegenwärtigen Bundespolitik finden sich ebenso, wie das bewegende Beispiel von Romeo Ntamag, der selbst als Flüchtling fast ums Leben kam und nun in Mali eine Arbeit zur Unterstützung von Flüchtlingen vor Ort aufbaut.

Infos zu Musik und Büchern runden unser Schwerpunktthema „Flucht und Migration“ ab.

Hinzu kommen Berichte aus der laufenden Arbeit von FUGe: der faire Handel, aber auch ein Blick auf das WM-Land Brasilien. Darum liegt der FUGe-news auch als Einleger ein Beitrag unserer Freunde aus der „Christlichen Initiative Romero“ bei – es lohnt sich, ihn zu lesen!

Viel Stoff, den diese FUGe-news bietet – „food for thought“, wie es im Englischen heißt. Stoff zum Nachdenken. Und zu einem veränderten Handeln. Auch im Umgang mit Flüchtlingen: Wir sollten ihnen mehr bieten als das Leben im Wohncontainer – Respekt, Rechte und die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten. Das wollen sie nämlich!

Inhalt

Editorial	1
Flüchtlingsleben in Hamm	2
Flüchtlingskinder an der Karlschule	4
„Was für welche sind das eigentlich ...?“	5
Die Flucht eines tamilischen Hindus	7
Flüchtlinge in Deutschland als Akteure	8
„Save me“-Kampagne in Hamm	10
Kultur für und mit Migranten in Hamm	12
Glossar: Flüchtlinge	14
Wenn Unauffälligkeit zur Hauptaufgabe wird	15
Was und wer steckt hinter Frontex?	16
Kommentar: Quo vadis Europa?	18
Verwundeten Menschen ihre Würde geben	18
Songs about leaving Africa	19
Zapatistas in Mexiko	20
Rezensionen	22
Fußball ist unser Leben	23
„Fairer Handel“ für Klassen	24
Hammer Apfelsaft	25
Autofasten – 7 Wochen „ohne“	25
Zu Fuß zur Schule	26
Die „Faire Metropole Ruhr“	27
FUGe intern:	
MV und Umweltpreis	30
Termine	31

IMPRESSUM

FUGe-news · Eine-Welt- und Umweltmagazin für Hamm, 13. Jahrgang, Heft 1/2014

Herausgeber: FUGe e. V., Widumstraße 14, 59065 Hamm

Redaktion: Karl A. Faulenbach, Marcos Antonio da Costa Melo, Matthias Eichel, Erhard Sudhaus, Michael Thon, Claudia Kasten

Redaktionsanschrift: Widumstraße 14, 59065 Hamm, Telefon (0 23 81) 4 15 11, Telefax 43 11 52, E-Mail: fuge@fuge-hamm.de, www.fuge-hamm.de

Layout: Matthias Eichel, Ulrich Schölermann

Bildnachweis: Wir danken Nelli Fomba Soumaoro für das Foto auf der Titelseite und Hartmut Gliemann für die Fotos auf den Seiten 4, 6, 8, 14 und 15.

Druckauflage: 3000 Exemplare, gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Anzeigenleitung: Dorothee Borowski, Telefon (0 23 81) 4 15 11, Telefax 43 11 52

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder oder sonstige Unterlagen übernehmen wir keinerlei Gewähr. Unterlagen werden grundsätzlich nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich Kürzungen und journalistische Überarbeitungen aller Beiträge vor. Mit Verfassernamen gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeber wiedergeben.

Mit freundlicher Unterstützung von:



STIFTUNG UMWELT UND ENTWICKLUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Flüchtlingsleben im Hammer Containerdorf „Im Ried“

Markus Liesegang

Das westafrikanische Togo, zwischen 1884 bis 1916 deutsche Kolonie, ist nur auf dem Papier eine demokratische Republik. Die Geschichte der ehemaligen französischen Kolonie ist die vieler afrikanischen Staaten nach dem Rückzug der europäischen Kolonialmächte. Der erste gewählte Präsident wurde vom Militär ermordet, der zweite aus dem Amt geputscht. Der Verantwortliche, Generalstabschef Gnassingbé Eyadéma, regierte das kleine Land bis zu seinem Tod 2005 diktatorisch, sein Sohn Faure Gnassingbé folgte ihm auf den „Thron“. Politische Unruhen folgten, eine manipulierte Wahl – Faure Gnassingbé ist immer noch „Präsident“.

Viele seine „Untertanen“ flüchteten hingegen. Auch nach Deutschland. In Hamm lebt Jean-Pierre Mombasi, seit 2006 als sogenannter Geduldeter. Den Asylantrag des Menschenrechtsaktivisten lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) ab. Die

Begründung: „Mein Leben sei nicht in Gefahr gewesen“, sagt Mombasi. „Aber mir drohte definitiv Gefängnis, weil ich meine Meinung öffentlich geäußert habe. Ich wurde als Verräter dargestellt.“ Die Odyssee, die folgte, habe er bestimmt nicht freiwillig auf sich genommen. Auch war Deutschland nicht sein Ziel, erzählt der 29-Jährige. In Togo spricht man schließlich französisch.

Insgesamt war Mombasi drei Jahre unterwegs. Zunächst auf dem Landweg von Westafrika nach Libyen. „Dort habe ich dann zwei Jahre gearbeitet und ungefähr 3000 Euro angespart. Ich bin anschließend nach Marokko gefahren, habe mir ein Visum für Deutschland gekauft und bin nach Düsseldorf geflogen.“ Er wollte weiter. Dagegen stand das europäische Asylrecht, das einen Asylantrag direkt vor Ort bei der Einreise in ein Land der EU vorschreibt. Dem Sammellager in Schöppingen folgte für ihn Hamm

als zugeteilter Aufenthaltsort. Zwischenzeitlich lebte Mombasi auch im Containerdorf Im Ried.

„In unserem Container lebten männliche Singles mit einer Familie zusammen. Deren Frau fühlte sich beängstigt und extrem unwohl.“ Die Flüchtlinge hocken auf engstem Raum aufeinander. Es sind Menschen aus aller Welt, die nicht nur verschiedene Sprachen sprechen und unterschiedlichen Religionen angehören, sondern, ganz banal, auch ein unterschiedliches Wärmeempfinden haben. „Es war mir dort oft zu zugig, den anderen zu warm.“ Obwohl Mombasi seit acht Jahren in Deutschland lebt, über Bücher und das Fernsehen die Sprache lernte – die Chance, sich zu integrieren sieht er trotzdem nicht: „Ich habe immer noch keine Kontakte zu Deutschen. In den Container konnte man ja damals niemanden einladen. Rausgehen scheitert immer noch am mangelnden Geld. Ich bekomme zwar die Asylleistungen, darf als



Der Charme eines Containerdorfes ...

(Fotos von M. Liesegang)

Geduldeter aber nicht arbeiten.“ Mombasi betont, dass er gerne auf eigenen Füßen stehen würde. Und er wundert sich: „Es heißt doch immer, dass niemand da ist, der die alten Deutschen in Zukunft pflegt. Anstatt nur Sozialleistungen zu beziehen, könnte ich so doch besser einen gesellschaftlichen Beitrag leisten.“

Aus sozialem Gefüge herausgerissen und isoliert

Während einige Asylbewerber ihre tatsächliche Herkunft bei der Einreise in die EU bewusst verschleiern, um ihre Anerkennungschancen vermeintlich zu erhöhen oder einer drohenden Zwangsabschiebung zu entgehen, haben andere einfach Pech, am „falschen“ Ort geboren zu sein. Die einen bekommen später große Schwierigkeiten, ihre Identität nachzuweisen und einen Pass zu bekommen. Bei anderen hat sich die geopolitische Situation in den Heimatländern inzwischen geändert. „Ich komme aus der angolanischen Exklave Cabinda. Die will unabhängig werden“, sagt Joseph Dezousa, „deswegen ist es schwierig, über die angolische Botschaft einen Pass zu bekommen.“ Mehrmals wurde er in Berlin vorstellig. „Die halten mich hin, sagen aber auch nicht, dass sie mir keinen Pass ausstellen werden, sodass ich einen Ersatzpass beantragen kann“, sagt Dezousa. Der 50-Jährige will das Dokument. Er will nämlich arbeiten und seine inzwischen nachgekommene Familie ernähren.

Über zehn Jahre lebte Dezousa zuvor als Geduldeter in Hamm, acht davon im Containerdorf Im Ried. 2003 wurde er mit einem Flugzeug des Roten Kreuzes während politischer Unruhen aus Cabinda ausgeflogen. Trotz dieser quasi offiziellen Flucht mit einer Hilfsorganisation wurde sein Asylantrag abgelehnt. Immer wieder wäre er von der Ausländerbehörde drangsaliert worden. „Es wurde gedroht, mir die Asyllleistungen zu entziehen“, erzählt er. „Man wollte mich zur freiwilligen Rückkehr bewegen.“ Um sich finanziell etwas abzusichern, sammelte er Fla-



Flüchtlinge hocken auf engstem Raum im Containerdorf Im Ried aufeinander.

schenpfand. Sonstige Tätigkeiten: „Ein 1-Eurojob im Hammer Tierpark.“ Das Zusammenleben mit halb so alten Flüchtlingen im Container sei schwierig gewesen. Als schon 40-Jähriger führte er in Afrika ein ganz „normales“ Leben. Während seines Studiums im benachbarten Kongo – er ist Elektroingenieur – hatte Dezousa vor 18 Jahren eine Frau kennengelernt und geheiratet. Das Paar bekam zwei Kinder im Alter von jetzt 14 und zwölf Jahren. Dann kam die erzwungene Trennung. In Deutschland lebte Dezousa in einer völlig anderen Welt – aus jeglichem sozialen Gefüge herausgerissen und isoliert. Darunter leidet er immer noch: Seit vier Jahren wird er auf Vermittlung der Kirche vom Psychosozialen Zentrum für Flüchtlinge in Düsseldorf betreut.

Neue Hoffnung schöpft Dezousa daraus, dass seine Frau nun seit

drei Jahren auch in Deutschland ist. „Und sie lebt hier als aus humanitären Gründen anerkannter Flüchtling“, erzählt er. Dezousa machte einen Vaterschaftstest für den 12-jährigen Sohn: „Den musste ich natürlich selbst bezahlen!“ Und er bekam das Aufenthaltsrecht.

Inzwischen lebt das Paar in Düsseldorf und hat ein weiteres 3-jähriges Mädchen. „Ich möchte Verantwortung übernehmen, arbeiten und meine Familie selbst ernähren können“, erklärt Dezousa. Bisher sind sie von Sozialhilfe abhängig. Dezousa ist zwar froh darüber, den Schwebestand zwischen Duldung und Abschiebung endlich verlassen und ein neues Lebensziel gefunden zu haben. „Aber ich möchte genug Geld verdienen, um meine ältere, 14-jährige Tochter, die noch im Kongo ist, nachholen zu können.“



Flüchtlingskinder an der Karlschule

Gabriela Kreter

Canan (12), Rozi (14), kurdische Schwestern aus Syrien, werden begleitet von ihrem Vater, einem deutschen Sozialhelfer und einem gebrochen Deutsch sprechenden Verwandten. „English?“ fragt die Sekretärin. Kopfschütteln, abwehrende Handbewegungen. „Schule! Lesen!“ sagt der Verwandte und zeigt auf die beiden Mädchen. Die schauen erwartungsvoll mit wachen Augen. Der Sozialhelfer sagt, die Familie sei erst vor zwei Tagen aus dem Auffanglager in die Stadt gekommen. Nach seinen Informationen könne niemand in der Familie lesen oder schreiben, aber die Mädchen hätten ihn vom ersten Kennenlernen an mit Gesten bestürmt, dass sie sofort eine Schule besuchen möchten. Er hilft uns, ihre Kontaktdaten aufzunehmen. Der Vater sitzt apathisch dabei. „Busticket!“ sagt der „Dolmetscher!“

Kinder aus Asylverfahren kommen nicht zu Beginn eines Schuljahres, wenn Neuanmeldungen zum Standardprogramm einer Schule gehören. Sie erscheinen das ganze Jahr über zu unkonventionellen Zeiten, häufig zusammen mit Geschwistern und begleitet

von mehreren Erwachsenen – Eltern, Verwandten, Sozialhelfern – und einer deutschkundigen Person, die auch ihre Sprache spricht: Zurzeit ist es meistens Kurdisch oder Arabisch – in den Jahren zuvor war es Farsi, Albanisch, Tschetschenisch oder Tamilisch. Wenn die Kinder in ihren Herkunftsländern schon bildungsorientiert aufwuchsen, können wir uns mühelos auf Englisch verständigen. Mit Flüchtlingen aus afrikanischen Ländern gelingt es auch in Französisch. Manchmal wird ein einzelner Schüler von einem Vormund begleitet: Dann ist er ohne Eltern in Deutschland. Seine Familie hat ihn geschickt, um durch ihn Unterstützung aus einem demokratischen Land der Erde erhalten zu können.

Asylbewerber kommen aus Ländern der Erde, in denen demokratische Grundrechte unbekannt sind. In dieser Hinsicht benötigen ihre Kinder mehr Instruktion in der Schule, als bloßer Unterricht für Einheimische gewährleistet: Gleiches und Unterschiedliches ist Karlschülern im Alltag selbstverständlich. Dass aus dem demokratischen Recht auf Meinungs-

freiheit nicht das Recht für Respektlosigkeiten und Beleidigungen entsteht, muss am Standort Karlschule geübt werden wie die Grundrechenarten. Seit 2010 haben wir einen mit Ministeriumsgeldern finanzierten „14plus“-Trainer, der alle Schülerinnen und Schüler für den Umgang mit Fremdheit, anderen Kulturen und anderen Religionen sensibilisiert und sie parallel dazu in ein Berufsorientierungsprogramm der Kreishandwerkerschaft in Soest nimmt. Leider stellt die Landesregierung die Finanzierung dieses großartigen Projektes in Kürze ein.

Flüchtlingsschicksale sind mannigfaltig: Jede Biografie könnte Stoff für einen Roman liefern, oft genug für einen Thriller. Am Ende einer dramatischen Flucht entsteht in der Sicherheit der Stadt Hamm ein unerwartetes Problem mit „Schulwegtickets“: Die Stadt stellt Busfahrkarten nur bei einem Fußweg von mehr als 3,5 km zur Verfügung. Wer von uns Einheimischen würde sein Kind in einem fremden Land ohne Kenntnisse der Sprache und der Gewohnheiten kilometerweit in der Dunkelheit auf einen Weg schicken? In den Verwaltungen bringt man hierzulande zu wenig Empathie für Menschen auf, deren Ängste in Deutschland nicht auf Knopfdruck verschwinden können.

Bei der Anmeldung in der Schule sind die Augen der ankommenden Kinder und Jugendlichen erwartungsvoll auf uns gerichtet. Für die meisten ist Schule ein Sehnsuchtsort: Auf der Flucht gab es keine, oft genug nicht einmal in den Heimatregionen. Schon für etliche Kinder aus aller Welt war die Karlschule die erste Schule ihres Lebens. Bei ihrer Ankunft sind sie mager, ärmlich gekleidet; sie haben dunkle Ringe unter den Augen. Ihre Unterversorgung sieht man ihnen an. Manche Handicaps sind unübersehbar – Narben, Verstümmelungen, Fehlstellungen. Andere Gebrechen werden erst im



„Flüchtlingskinder“: Hausaufgabenhilfe ist hier besonders hilfreich – wer von den Eltern kann schon helfen? (Foto: Hartmut Gliemann)

Klassenraum erkannt, etwa Fehlsichtigkeit oder Hörschäden. Ein Trauma, das sich auf die Lernleistungen auswirken. Angst zu sprechen und sich mitzuteilen, haben vorwiegend Mädchen. Ein demokratisches Beschwerderecht in Anspruch zu nehmen, ist auch den Jungen unvertraut.

Die Karlschule ist eine Ganztagschule mit einem inklusiven und wertegebundenen Bildungs- und Erziehungskonzept. Lehrkräfte, die hier unterrichten, gehen schon seit Jahrzehnten mit einem Phänomen um, das an vielen anderen Schulen erst durch den Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behinderten-

rechtskonvention in den Blick rückte. Ihr „Mittendrin statt nur dabei“ kann nur im Besitz der deutschen Sprache funktionieren: Hunderte von Flüchtlingen haben sie in den letzten Jahrzehnten an der Karlschule erworben. Kinder aus plus/minus 30 Ländern bringen Potenziale in die Stadt, die wir würdigen können. Erlebte Vielfalt macht Kinder stark.

Was also ist noch zu tun? Vieles kann die Karlschule mit Bordmitteln leisten: Offenheit und Empathie für die Neuankömmlinge, in der Auffangklasse, im ABC-Kurs, in Crashkursen Deutsch in Wort und Schrift. Die Versorgung mit einer Basisausstattung übernimmt

schon der Förderverein, Berufsberatung bei den Sozialarbeiterinnen im BOB und in schuleigenen Werkstätten statt. Darüber hinaus wünschen wir aber dringend mehr öffentliche Aufmerksamkeit und Verantwortungsübernahme für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen: Ein verlässliches Budget für zwei regelmäßige Mahlzeiten in der Schule wäre schön: Frühstück und Mittagessen!

Wegen der leichteren Lesbarkeit und nicht in diskriminierender Absicht erscheinen Personen in diesem Text nur in der kürzeren männlichen Form

„Was für welche sind das eigentlich in ihrer Klasse?“

Alexandra Moormann

Diese Frage höre ich als Klassenlehrerin der Deutschklasse immer wieder.

Seit September 2013 gibt es an der Erlenbachschule in Hamm wieder eine Deutschklasse für Kinder von Neuzuwanderern, und mir wurde die Klassenleitung übertragen. Darüber habe ich mich sehr gefreut, weil ich das Arbeiten mit Menschen unterschiedlicher Nationalitäten ungeheuer spannend und gewinnbringend finde.

Anfangs hieß es noch, die Schülerinnen und Schüler sollten in einem sogenannten Crash-Kurs innerhalb zwölf Wochen in Deutsch soweit fit gemacht werden, dass sie in Regelklassen übergehen können. Jedoch wurde bald deutlich, dass die uns zugewiesenen Jugendlichen dieses Ziel nur zu einem geringen Teil erreichen würden. Aus dem Crash-Kurs wurde eine Auffangklasse.

Der Großteil meiner Schülerinnen und Schüler stammen aus Balkanländern und sind Roma. Das Altersspektrum der Klasse reicht von 11 bis 17 Jahren. Ihre Familien haben ihre Heimat verlassen, weil sie als Roma einer vielerorts diskrimi-

nierten Minderheit angehören und unter schlechten Lebensbedingungen leiden. Einzelne Jugendliche erzählten mir, dass sie in ihrer Heimat von Mitschülern und Lehrern, die selbst der Mehrheitsgesellschaft angehören, gewaltsam aus der Schule vertrieben wurden. So haben einige meiner Schülerinnen und Schüler nie oder nur sporadisch die Schule besucht und müssen zunächst noch alphabetisiert werden, was sich angesichts ihrer mangelhaften Schul- und Lernerfahrungen als schwierig erweist. Andere dagegen haben in ihrem Herkunftsland bereits acht Jahre die Schule besucht und müssen in erster Linie deutschen Wortschatz lernen.

Innerhalb eines Schuljahres verlassen die meisten Schülerinnen und Schüler die Schule nach wenigen Monaten wieder, weil sie in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen. Ihr Asylantrag wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt. Während dieser Monate des Wartens auf eine Entscheidung des BAMF leben die Jugendlichen mit ihren Familien in sogenannten Übergangswohnheimen, teilweise

auf engstem Raum. Dort ist beispielsweise kein Ort, an dem sie für die Schule ungestört lernen könnten, weil etwa im selben Raum gegessen, ferngesehen, Besuch empfangen, gelernt und gespielt werden muss.

Insbesondere die Situation eines meiner Schüler (A.) geht mir persönlich sehr nah. A., ein junger Mann (17 Jahre) aus Pakistan, besuchte seit Januar die Deutschklasse. Er floh aus seiner Heimat, weil er mit seiner Familie wegen seiner Religionszugehörigkeit schlimmsten Diskriminierungen ausgesetzt war. Über Umwege schaffte er es bis nach Deutschland – ohne Papiere. Bis heute weiß er nicht, wo sich seine Eltern und Geschwister aufhalten. Er hat keinen Kontakt mehr. Da noch minderjährig wurde er in einem Wohnheim für Jugendliche untergebracht, die dort wohnen, weil sie in der eigenen Familie nicht zu recht kommen. A. lebte sich wunderbar ein. Auch in der Schule lief alles bestens: Er kam regelmäßig und pünktlich zur Schule, erledigte seine Aufgaben sorgfältig und zuverlässig, war stets hilfsbereit und höflich. Nun



„Flüchtlingskinder“: Hausaufgaben unter erschwerten Bedingungen
(Foto: Hartmut Gliemann)

hat das Oberlandesgericht Hamm angesichts seiner fehlenden Papiere einer Altersschätzung stattgegeben, wonach A. über 18 Jah-

re alt sein soll. Dieser richterliche Entscheid führte dazu, dass A. seine Wohngruppe verlassen musste, die Schule abbrechen musste, da

in diesem Fall keine Schulpflicht mehr besteht und nach Eisenhüttenstadt (Brandenburg) transferiert wurde, weil weder in Hamm noch in Dortmund Kapazitäten für weitere Asylbewerber gegeben seien.

A. verstand nicht, was mit ihm geschah. Ich habe in letzter Zeit häufig mit ihm telefoniert. Einmal war er sehr verzweifelt und weinte, weil er in einem Zimmer mit zwölf Männern untergebracht war, die über 30 Jahre alt und damit deutlich älter als A. waren. Nachts feierten sie lautstark mit viel Alkohol auf dem Zimmer, sodass A. nicht schlafen konnte. Am Tag versuchte er die Konfrontation zu meiden, indem er stundenlang irgendwo spazieren ging. Inzwischen hofft A., dass seine Altersschätzung für nichtig erklärt wird und er wieder nach Hamm in seine vertraute Umgebung mit lieb gewonnenen Menschen zurückkehren kann.

Ich wünsche es ihm von ganzem Herzen.

Aktiv! Kompetent! Erfolgreich!

ver.di – die Interessenvertretung aller Dienstleistungsberufe:



Finanzdienstleitungen Banken, Sparkassen, **Versicherungen Ver- und Entsorgung** Energiewirtschaft und Bergbau, Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft **Gesundheitswesen und soziale Dienste** Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen **Sozialversicherungen** Krankenkassen, Rentenversicherungsträger, Agentur für Arbeit **Bildung, Wissenschaft, Forschung** (Fach-) Hochschulen, Studierende, Bildungseinrichtungen **Bund und Länder** Bundes- und Landesverwaltungen, Justiz, Bundeswehr **Gemeinden** Kommunalverwaltungen, kommunale Betriebe Kunst, **Kultur, Medien, Industrie** Journalismus, Verlage, Rundfunk, KünstlerInnen, Druckindustrie, dienstleistungsnahe Industrie **Telekommunikation** Telekom, Festnetz- und Mobilfunkbranche, Informationstechnik und Datenverarbeitung **Postdienste, Speditionen und Logistik** Post und Postdienste, Kurier-, Express- und Paketdienste, Logistikbetriebe, Speditionen **Verkehr** Straßenpersonenverkehr, Luft- und Schifffahrt, Schienenverkehr **Handel** Einzelhandel, Großhandel **Besondere Dienstleistungen** Friseurhandwerk, Wach- und Sicherheitsdienste, Reisebüros, Verbände

Unser kompetentes Beratungsteam finden Sie hier:

ver.di-Bezirk Hamm/Unna
Bismarckstraße 17-19
59065 Hamm
Telefon 02381-92052-0
Telefax: 02381-92052-21
bezirk.hamm-unna@verdi.de

www.hamm-unna.verdi.de

Wir sind für Sie da: Montag bis Donnerstag 08.00 bis 16.00 Uhr, Mittwoch und Freitag 08.00 bis 13.00 Uhr

Beratungstermine sind selbstverständlich nach vorheriger Absprache auch außerhalb der Öffnungszeiten möglich.

Die Flucht eines tamilischen Hindus ins Unbekannte

Ein Blick zurück

Ulrich Kroker

Ein junger Mann verließ 1979 mit 16 Jahren sein kleines Heimatdorf Mallaham, unweit von Jaffna im Nordosten Sri Lankas. Seine Familie lebte dort in sehr bescheidenen Verhältnissen; ein kleines Stück Land stellte die Ernährungsgrundlage dar. Er war das einzige Familienmitglied, das sich um zusätzliche materielle Hilfe bemühen konnte. In Singapur lernte er zwei Jahre lang den Umgang mit Elektrizität. Danach verließ er den Stadtstaat in Richtung Chennai (Madras). In der südindischen Millionenstadt fand er zwar Freunde; ein Leben auf Dauer konnte er sich dort nicht vorstellen.

In einem Buch las er über die Stadt und den spirituellen Ort Kanchipuram, in dem eine Klostertradition auf den religiösen Reformator und Philosophen Ari Shankarar (8. Jahrhundert) zurückgeht. Er war fasziniert. Erst besuchte er eine Veda- und danach eine Priesterschule in der Nähe von Pondicherry, wo er unter einem Guru Sanskrit die Sprache der heiligen Schriften und shivaistische Rituale erlernte. Seitdem darf sich Arumugam Paskaran „Kurukkal“ (Priester) nennen. Der Segen des greisen Swami (Heiliger) und Abtes in Kanchipuram schloss Paskarans Studium der Advaita-Philosophie

(„Alles ist eins“) des Ari Shankarar ab. Hier hatte er die Verehrung der Göttin Kamadchi in ihrem großen Tempel erlebt.

1985 kehrte der Priester nach Sri Lanka zurück. Mittlerweile hatte sich ein Bürgerkrieg auf der Insel ausgeweitet und an Härte zugenommen. Die Familie befürchtete die Rekrutierung ihres Sohnes von der einen oder anderen Partei dieses Krieges. Durch den Verkauf ihrer goldenen Eheketten ermöglichte eine Tante die beschlossene Flucht. Ein Reiseagent riet dem 22-Jährigen nach Europa, am besten nach Frankreich, zu fliehen. So ging Paskarans Flug von Colombo nach Moskau und weiter nach Ostberlin. Die S-Bahn beförderte ihn nach Westberlin. Ohne Sprachkenntnisse, außer „Asylantrag“, so Paskaran, gelangte er in den D-Zug nach Paris, der über Hamm fuhr. Während der Reise traf er einen jungen Landsmann, der auf dem Weg zu seinem Bruder in Hamm war. Es bot sich hier eine traditionelle Verpflegungsmöglichkeit. Zudem überredete der Bruder den Priester, in der Stadt einen Asylantrag zu stellen. Hilfestellung leistete dabei „eine hilfsbereite Rechtsanwältin aus dem Ostring,“ erinnert sich Paskaran. „Es war für mich in den ersten

zwei Monaten eine unbekante Welt, ohne Tempel, ohne Freunde.“ Zuerst wurde er an der Wilhelmstraße, dann an der Lange Straße untergebracht. „Jetzt konnte ich wenigstens meine privaten Gebete angemessen verrichten.“

Langsam ergaben sich Gesprächskontakte zu anderen tamilischen Flüchtlingen, aus denen sich u. a. die Idee des Baus einer Gebetsstätte entwickelte und damit einer priesterlichen Tätigkeit. Zum Alltag dieser Zeit gehörten teils Untätigkeit, teils gemeinnützige Arbeit, wie Blätter fegen im Ebert-Park u. ä. (Lohn: 1,50 DM), aber auch das Wahrnehmen, das Kennenlernen einer neuen Welt. Es fanden sich im Westen zudem engagierte Mitmenschen, die bei den alltäglichen Widrigkeiten eines Asylantenlebens behilflich waren.

Heute bekennt Siva Sri V. Amurugasamy Paskarakurukul vor dem Sri Kamadchi Ampal Tempel in Uentrop stehend: „Es war nicht mein Plan in Hamm zu bleiben. Drei Monate habe ich gebraucht, mich an diesen Gedanken zu gewöhnen. Jetzt sehe ich das als göttliche Fügung an. Hier sind der Tempel, meine Familie, freundliche Menschen – meine Heimat.“



Bild links: Arumugam Paskaran ist Priester am hinduistischen Sri Kamadchi Ampal Tempel in Uentrop. Bild Mitte: Der Hindu-Tempel und die Göttin Kamadchi beim jährlichen Umzug gehören heute zu Hamm fest dazu. Bild rechts: Die Feierlichkeiten für die Göttin Kamadchi locken Gläubige und Schaulustige in großer Zahl – das Schicksal und der Weg der Menschen nach Hamm bleibt oft ungesehen.

Flüchtlinge in Deutschland als Akteure

Ein Interview mit Nelli Fomba Soumaoro

Nelli, bitte sage einige Worte zu dir, um dich vorzustellen! Was sollten wir über dich wissen?

Mein Name ist Nelli Fomba Soumaoro, ich bin Bundessprecher der „Jugendlichen ohne Grenzen“ (JoG) und Initiator des Projektes „Flüchtlinge in Deutschland als Akteure“, mehr dazu unter www.jogspace.net.

Gibt es Menschen, die dich begeistert bzw. beeinflusst haben?

Ich wünsche mir die Weisheit von Menschen sowie Martin Luther King, Rosa Park, Angela David, Nelson Mandela und Malcolm X, weil diese Menschen sich für das friedliche Zusammenleben der Gesellschaft eingesetzt haben.

Erzähle uns bitte von deiner Utopie! Wie sollte das Leben in dieser Welt in Zukunft sein?

Im Jahr 1492 wurde der Rassismus der Neuzeit gegründet. Damals wurden Muslime und Juden von der iberischen Halbinsel vertrieben, und damit hat die Eroberung Amerikas begonnen. In den folgenden 350 Jahren wur-

den rund elf Millionen Afrikanerinnen in die Sklaverei nach Süd- und Nordamerika verschleppt. 1848 wurde diese Art von Diskriminierung abgeschafft und ein allgemein gültiges Gleichbehandlungsgesetz in Kraft gesetzt. Trotzdem werden heute viele Menschen unter uns zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft von der Polizei grundlos kontrolliert. Aber ich glaube daran, dass wir irgendwann in einer Welt leben können, die für die Gemeinschaft einsteht, die mehr Solidarität fordert und lebt.

Was hat dich zur Gründung und zum Engagement von JoG auf Landesebene und in Hamm bewegt?

Als ich nach Deutschland kam, wurde ich von ehrenamtlich Engagierten unterstützt. Von dieser Erfahrung geprägt versuche ich mich genauso bei JoG vor Ort, auf Landes- und Bundesebene zu engagieren. Ich mache das nicht für Anerkennung, sondern ich möchte jetzt schon anfangen, die Hilfe, die ich damals erfahren habe, an andere Menschen weiterzugeben.



Was möchte JoG in Hamm bewegen oder verändern?

Es gibt sehr viele Sachen, die wir hier in Hamm verändern wollen. In Hamm-Herringen zum Beispiel reichte ein Gerücht aus, um eine Unterschriftensammlung gegen ein niemals geplantes Wohnheim für Asylsuchende zu veranlassen. Die alltäglichen Vorurteile und dieser latente Rassismus stehen einem menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen oft im Weg. Deshalb möchten wir hier in Hamm deutlich machen, dass Asyl ein Menschenrecht ist! Auch diese Menschen sollen eine sofortige und gute pädagogische Begleitung von Anfang an bekommen. Es muss mindestens jedem Kind eine Chance zu persönlicher Entwicklung eingeräumt werden. Das heißt: Die Asylbewerber oder Flüchtlingskinder müssen einen Anspruch auf Jugendhilfe und damit Chancengleichheit vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt bekommen. Das Ziel muss sein, jeden Asylbewerber in die Lage zu versetzen, unabhängig von staatlicher Hilfe zu leben. Da ist die momentane Politik sehr paradox!

Wir wollen für die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde streiten. Den Asylbewerbern und ihren Familien stehen zum Beispiel eine Privatsphäre und damit auch Rückzugsmöglichkei-



*Nelli setzt sich als Flüchtling für Flüchtlinge ein: kein Mensch ist illegal!
(Foto: Hartmut Gliemann)*

ten zu. Es kann doch nicht wahr sein, dass drei Menschen aus drei unterschiedlichen Nationalitäten in einem Raum von 24 Quadratmetern leben. Zudem leben zu oft kranke Kinder in derartigen Einrichtungen mit unhygienischen Zuständen, obwohl ein Arzt bescheinigt, dass diese Umgebung ein ernstes gesundheitliches Risiko für das Kind darstellt.

Mit unserem Projekt „Flüchtlinge in Deutschland als Akteure“ möchten wir dafür sorgen, dass Asylbewerber bzw. Flüchtlinge ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen und damit aus sich selbst heraus etwas erreichen können.

Wir möchten uns auch in Hamm gegen Rassismus stellen und sogenannte strukturelle Ausgrenzung abschaffen. Viele Asylbewerber werden häufig unter einen generellen Verdacht gestellt.

Wie siehst du den Europa-Wahlen entgegen? Sind sie wichtig für dich und für die Flüchtling- und Migrationspolitik?



Naja, ich wünsche mir, dass Europa seine Verantwortung als Friedensnobelpreisträger übernimmt. Dazu gehört eine legale Einreisemöglichkeit für Flüchtlinge, um die Tragödien vor den Küsten Europas endlich zu stoppen!

Wie siehst du das Verhältnis zwischen afrikanischen und europäischen Ländern?

Ich glaube, dass es kaum Vertrauen in der West-Süd-Verbindung gibt. Alles Handeln ist eigenen Interessen geschuldet. Diese Politik sorgt für eine ausgebremste Entwicklung für ärmere Länder.

Sollte ein starker Sozialstaat, eine starke Zivilgesellschaft oder eine starke Privatwirtschaft für die Menschen da sein, die Unterstützung und Solidarität brauchen?

Afrika braucht meiner Meinung nach keine Entwicklungshilfe mehr, weil diese immer wieder nur den Kontinent abhängig macht. Afrika braucht einen Selbsthilfe-Prozess von innen heraus, dann könnte der Kontinent schnell zu einem ernsthaften Konkurrenten für alle global player werden.

Das Interview führten Marc Stefaniak und Marcos da Costa Melo

QUERBEET
Garten- und Landschaftsbau

bringt Kreativität in Ihren Garten.

Dachbegrünung Wasseranlagen Hickmann/Wulff GbR
Natursteinornamentik Schwimmteiche Im Leinenfeld 20 · 59063 Hamm
Planung und Beratung Telefon 0 23 81 - 5 14 92

Ulrich Schölermann
WERBUNG UND DRUCK

Alle Drucksachen:
Layout · Gestaltung · Bildbearbeitung
Logoentwurf · Druck

Caldenhofer Weg 66 · 59063 Hamm
Telefon (0 23 81) 43 13 90
Telefax (0 23 81) 43 14 16
E-Mail info@ulrich-schoelermann.de
Internet www.ulrich-schoelermann.de

FAIRSICHERUNGSBÜRO
Konzepte für die Zukunft

Manfred Gerling
Versicherungsmakler e.K.
Fachwirt für Finanzberatung (IHK)

Martin-Luther-Straße 11
59065 Hamm
Telefon 0 23 81 - 92 63 35
Telefax 0 23 81 - 92 63 36
www.fairsicherungsladen-hamm.de
info@fairsicherungsladen-hamm.de

neuform **Reformhaus**

Diät- und Reformhaus Stricker
INH. JESSICA STRICKER

Königstraße 12
59065 Hamm
Telefon 0 23 81 / 2 81 37
Telefon 0 23 81 / 43 27 75

„Save me“-Kampagne in Hamm

Karl A. Faulenbach und die Ratsfraktionen der Stadt Hamm

„Save me“ setzt sich dafür ein, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, ohne dass diese auf eigene Faust den gefährlichen Weg nach Europa wagen muss.

Für diese neue FUGE-news haben wir Ende Januar 2014 die im Rat vertretenen Fraktionen um eine kurze Stellungnahme zu dieser Kampagne gefragt und darauf hingewiesen, dass der Rat der Stadt Lünen schon vor fast einem Jahr einen einstimmigen Ratsbeschluss gefasst hat, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als das zugewiesene Kontingent. Alle Fraktionen haben geantwortet (s. u.) und wohl gleichzeitig am 25.03.2014 in der Ratssitzung dem entsprechenden Antrag der Fraktion der Grünen zugestimmt (vgl. dazu die Stellungnahme der CDU-Fraktion).

Bei den drei Fragen

1. mehr Flüchtlinge in Deutschland ansiedeln,
 2. die Rechte der Flüchtlinge stärken,
 3. eine neue Willkommensstruktur schaffen
- gab es erstaunlich viel Zustimmung

von allen Fraktionen. Wobei die Frage der Mehraufnahmen von Flüchtlingen z. T. an lokale Voraussetzungen (SPD) geknüpft wurde.

Wir werden mit anderen Gruppierungen in unserer Stadt in Zukunft sorgfältig hinschauen, ob und wie der Beschluss umgesetzt wird.

Im Folgenden dokumentieren wir die Reaktionen der Parteien in der Zuordnung zu den drei Fragen. In der Regel haben die Parteien die Fragen nicht einzeln, sondern im Zusammenhang beantwortet – so blieb die 3. Frage weitgehend ohne konkrete Stellungnahme.

1. Mehr Flüchtlinge in Hamm aufnehmen?

CDU

Der Rat der Stadt Hamm ist in seiner letzten Sitzung der Initiative „Save me“ beigetreten und hat eine entsprechende Resolution beschlossen. Damit sind wir bereit, aus humanitären Gründen Flüchtlinge aus dem entsprechenden Programm der Bundesregierung

dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren. Damit ist Hamm bereit, die staatlichen Vorgaben zur Flüchtlingshilfe nicht nur zu erfüllen, sondern wir gehen mit unserem Beschluss deutlich darüber hinaus.

SPD

Flüchtlinge müssen menschenwürdig wohnen und ihre Verteilung auf die Stadtbezirke muss gerecht sein! Diese Grundsätze werden für die SPD-Ratsfraktion die Grundlage ihres Handelns bei der Bewältigung einer durchaus schwierigen Aufgabe sein.

Im ersten Schritt muss es darum gehen, der kommunalen Pflicht zur Unterbringung der unserer Stadt zugewiesenen Menschen, die oftmals vor Krieg und Hunger aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, nachzukommen.

Als Oppositionspartei wäre es zu einfach, die Frage nach einer zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen einfach mit JA! zu beantworten. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und noch stimmen sie nicht, dann wird sich die SPD-Ratsfraktion auch einer solchen Anforderung positiv stellen.

DIE GRÜNEN

Flüchtlingen gehört unsere Solidarität! Die Flüchtlingspolitik stellt eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Deutschland hat aufgrund seiner wirtschaftlichen Position die Kapazitäten mehr Flüchtlinge aufzunehmen als dies bisher geschieht.

Antrag	Datum	Nummer
	13.03.2014	0512/14
Absender		Wird von der Verwaltung angeführt: Aufgenommen in d. TO d. Sitzung d. Gemeinrat
Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Südstraße 8 59065 Hamm		
Adressat		Herr
Herrn Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann Theodor-Heuss-Platz 16 59065 Hamm		
Gremium	Sitzungsdatum	Federführender Dezernent
Rat	25.03.2014 16:00	
Betreff	Betreifende Dezernenten	
„Save-me“ – Für eine Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Hamm		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Antrag:

„Save-me“ – Für eine Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Hamm

1. Die Stadt Hamm erklärt aus humanitären ihre grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge im Rahmen des Resettlementprogramms der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. Die Stadt Hamm nutzt ihre bestehenden Integrationsnetzwerke und -erfahrungen zur schnellen Eingliederung der Resettlement-Flüchtlinge.
3. Der Rat der Stadt Hamm appelliert an die Bundesregierung entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), ein kontinuierliches Programm zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten und fortzuführen. Die Befristung des Aufenthaltsrechts von Resettlement-Flüchtlingen auf drei Jahre muss entfallen und die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge sollte deutlich über die jährlich Anzahl von 300 Personen hinausgehen.





Von links: Dr. Richard Salomon ist CDU-Fraktionsvorsitzender Hamm. Ralf-Dieter Lenz ist Fraktionsgeschäftsführer und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion Hamm. Roland Koslowski ist Sprecher der Ratsfraktion Die Linke Hamm. Ingo Müller ist FDP-Fraktionsvorsitzender Hamm. Karsten Weymann ist Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Hamm.

Auf kommunaler Ebene möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Stadt Hamm im Rahmen des Resettlementprogramms mehr Flüchtlinge aufnimmt, als die staatlichen Vorgaben es vorsehen (von derzeit 300 Personen bundesweit).

DIE LINKE

Alle vier Sekunden wird ein Mensch gezwungen, seine Heimat zu verlassen. Europa macht seit Dezember 2013 mit einem neuen Hightechsystem die Grenzen dicht. Mauern allerdings lösen keine Flüchtlingsprobleme.

Die Bundesrepublik Deutschland, einer der reichsten Staaten, nimmt in der gegenwärtigen Situation nur 5000 Kriegsflüchtlinge aus Syrien zusätzlich auf. Das sind gemessen an der Bevölkerung deutlich weniger als 0,01 Prozent. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, auf allen politischen Ebenen und somit natürlich auch in der Stadt Hamm. Wir sind verpflichtet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Mare Nostrum, „unser Meer“, nannten die Römer das Mittelmeer. In ihrem Verständnis war es das gemeinsame Binnenmeer des Mittelmeerraums. Heute zieht Europa hier eine Grenze zu „den Anderen“: zum arabischen Raum, dem Maghreb, zu Afrika. Frontex – das sind Soldaten, Flugzeuge, Kriegsschiffe. Allein in den vergangenen 25 Jahren sind nach Angaben von Pro Asyl fast 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken.

Die Wiege der europäischen Kultur wird zum Massengrab, und Heuchelei erstickt Moral. Mitverantwortlich sind alle Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte. Sie tun nichts für die Ertrinkenden, was interessiert, ist nur deren Abwehr.

Wir, die reichen Länder Europas, sind also mitverantwortlich für Elend, Hunger und Not in den Flüchtlingsländern. Wir profitieren sogar davon. Und wir, die europäische Union, geben Geld aus. Millionen, insgesamt über 380 Millionen Euro, für das Überwachungssystem Eurosur. Beschlossen im Oktober 2013, nur wenige Tage nachdem vor der italienischen Insel Lampedusa mehr als 300 Menschen jämmerlich ertrunken waren. Die Toten bekommen ein Staatsbegräbnis, die Lebenden werden interniert und abgeschoben. Männer, Frauen, Kinder. Eurosur soll dafür sorgen, dass die Flüchtlinge Europa gar nicht erst erreichen. Niemand geht freiwillig in die Fremde, verlässt seine Heimat, die Familie. Es sind der Hunger, Arbeitslosigkeit, das erbärmliche Leben, Krieg und Vertreibung – das alles zwingt Menschen in die Flucht.

2. Rechte der Flüchtlinge stärken!

CDU

Für die Christlich Demokratische Union in Hamm ist sowohl die humanitäre Hilfe aber auch die bestmögliche Integration von Flüchtlin-

gen in der Stadt ein besonders wichtiges Anliegen. Hamm hat rund 178.000 Einwohner und über 50.000 Menschen in unserer Stadt haben einen Migrationshintergrund. In Hamm leben Menschen mit über 130 Nationalitäten. Wir investieren in hohem Maße in die Bildungs- und Entwicklungsförderung – insbesondere für Migranten. Integrationspolitik ist heute in Hamm politische Querschnittsaufgabe. Unter der Federführung des Amtes für soziale Integration werden die besonderen Anliegen und Bedürfnisse der Menschen mit Migrationshintergrund oder auch einer Flüchtlingsgeschichte in Verwaltung wie Stadtgesellschaft eingebracht. Mit der erfolgreichen Bewerbung zum Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ des Landes haben wir die bereits vorhandenen Strukturen und Hilfesysteme weiter ausgebaut und verfestigt. Nicht zuletzt mit der „Neugeborenenbegrüßung“ werden Eltern und Familien ganz früh über die vielfältigen Angebote in der Stadt informiert.

SPD

Da die Zahlen in den nächsten Jahren steigen werden, ist es zwingend notwendig, sich als Stadt Hamm, also Rat gemeinsam mit Vereinen, Verbänden und der städtischen Gesellschaft, völlig neu aufzustellen. Wurde in der Vergangenheit der Zuzug und die Unterbringung von Flüchtlingen eher geräuschlos zu regeln versucht, muss eine erfolgversprechende,

zukünftige Flüchtlingsaufnahme frühzeitig unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Nur so ist Akzeptanz zu erreichen und können die Vorbehalte abgebaut werden.

Der Rat der Stadt Hamm wäre gut beraten, Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung als verbindliche Zielvorgabe zu beschließen. Die SPD-Ratsfraktion würde es begrüßen, die Mehrheit des Rates sah hier bisher keinen Handlungsbedarf. Dabei ist es gerade besonders wichtig, zukünftig feste Wohnhäuser statt Wohncontainer zu nutzen und ein umfassendes Betreuungsnetz zu knüpfen. Hier gilt es, die engagierten Kräfte in unserer Stadt stärker einzubinden.

FDP

Wer als Flüchtling in existenzieller Not nach Hamm kommt, braucht Hilfe, möglichst schnell und unbürokratisch. Das gilt nicht nur für die Soforthilfe, wie Unterbringung und Versorgung, das gilt auch für Zukunftsperspektiven. Deshalb wollen wir bürokratische Hürden senken. Etwa im Fall der Syrien-Flüchtlinge: Wenn Verwandte bereit sind sie aufzunehmen, dann müssen sie das auch können. Die finanziellen Garantien, die sie geben müssen, sollten auf ein Niveau gesenkt werden, das sich diese Familien realistisch leisten können. Als Kommune nehmen wir Menschen in Not auf. Dabei müssen wir darauf achten, dass keine

„Ghettos“ entstehen, sondern dass wir diesen Menschen bei uns Möglichkeiten für die Zukunft eröffnen können.

Asylbewerber sollen die Möglichkeit haben, Sprachkurse zu machen und nach einer Übergangszeit auch arbeiten zu dürfen. Diese Menschen sollen ihr Wissen, ihre Erfahrungen bei uns einbringen dürfen. Damit erlangen sie mehr Freiheit und eine Perspektive für die Zukunft.

DIE GRÜNEN

Die Situation der bereits hier lebenden Flüchtlinge muss verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Flüchtlinge nach dem Leverkusener Modell in Privatwohnungen untergebracht werden, dass sie an kostenlosen Sprachkursen teilnehmen können und eine adäquate medizinische Versorgung erhalten. Die Verwaltung argumentiert zurzeit, dass aufgrund der gestiegenen Zuweisungszahlen für Hamm die Anzahl der Übergangswohnheime kaum reduziert werden könne. Bevor wir uns also bereit erklären, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als uns zugewiesen werden, müssen wir dafür sorgen, dass sie auch menschenwürdig untergebracht werden können. Dafür setzen wir uns gerne ein.

DIE LINKE

Wir sind verpflichtet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen – allerdings

müssen diese Menschen würdig untergebracht werden, Wohnraum muss dezentral angeboten werden, Sammelunterkünfte und/oder Container kommen grundsätzlich nicht in Betracht.

Die Versorgung – wirtschaftlich, kulturell und sozial – ist sicher zu stellen, ebenso die Teilhabe am Arbeitsleben. Lokale Beschlüsse und Resolutionen sind wertlos und bleiben ohne Konsequenzen, wenn die Bundesregierung ihre Positionen nicht überdenkt und die Europapolitik neu ausrichtet.

3. Neue Willkommenskultur schaffen!

FDP

Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland wird bei uns, auch hier in Hamm, konkret gelebt. Integration funktioniert über Schulen, Vereine, gesellschaftliches Leben. Wir brauchen dringend klare und einheitliche Vorgaben aus Berlin und Brüssel. Auch Mittel für Flüchtlingsaufnahme müssen zügig an die Kommunen weitergeleitet werden, denn hier können sie direkt für die Flüchtlinge genutzt werden.

DIE GRÜNEN

Wir werden auch in Zukunft alle Möglichkeiten nutzen, um Flüchtlinge bestmöglich zu integrieren und eine offene Willkommenskultur zu etablieren.

Kultur für und mit Migranten in Hamm: Die Ausgeschlossenen?

Karl A. Faulenbach

Bleiben die Migranten bei der Kultur in Hamm draußen vor der Tür?

Auf dem ersten Blick: Nein! Denn in Hamm ist Migrationspolitik Chefsache des OBs. Interkulturelle Wochen, der massenhaft besuchte Umzug um den Hindutempel in Hamm-Uentrop, der Ramadan-Markt und eine Fülle von internationalen Künstlern der Musik-,

Theater- und Literaturszene haben, neben den internationalen kulinarischen Angeboten, längst auch den kulturellen Alltag in Hamm geprägt.

Leider beschränkt sich allerdings die Wahrnehmung dessen, was unter kultureller Vielfalt und der Bereicherung der Kulturszene durch Migration verstanden wird,

immer noch eher auf Folklore und Kulinarisches.

Dabei wird übersehen, wie viele Künstler mit sogenanntem Migrationshintergrund inzwischen in allen Sparten des kulturellen Angebots – von der U- und E-Musik, Literatur, Theater, Film bis zur bildenden Kunst – zu finden sind. Ohne einen Fatih Akin z. B. würde dem deut-

schen Film ein nicht unwichtiger Teil internationalen Renommées fehlen.

Obwohl einige dieser Künstler durchaus in Hamm aufgetreten sind, geht das Kulturangebot – bis auf wenige Ausnahmen – an einem inzwischen sehr großen Anteil der Bevölkerung (29 %) vorbei und findet weitgehend ohne Migranten statt. Informationen über Medien, die auch Migranten in dieser Stadt nutzen, gibt es allenfalls zur „Interkulturellen Woche“ oder speziellen Stadtteilveranstaltungen.

Das hat ebenfalls die SZ am 7. März diesen Jahres in einem Leitartikel des Feuilletons für die deutsche Kulturlandschaft moniert. Der Autor dieses Beitrags, Christian Dössel, kritisiert, dass deutsche Theaterbühnen zwar bemüht seien die Gesellschaft abzubilden, die Einwanderer und deren Kinder aber weder auf der Bühne noch im Publikum stattfinden würden. Diese Kritik gilt auch für das interkulturelle Angebot der Stadt Hamm, das interkulturell vorrangig folkloristisch ausgerichtet ist. Die Gründe dazu sind sicher vielfältig:

- Zum einem gehen die Kultur-Informationen meist nur an ein „kulturgewöhntes“ Publikum,
- ein spezielles Programm, wie es früher von der RAA in Kooperation mit den Kulturinstituten zu multikulturellen Themen angeboten wurde, gibt es kaum noch,
- die Fortschreibung des Kulturentwicklungsplans geht nur marginal auf diese Thematik ein,
- auch das im März vom Rat verabschiedete Sprach- und Integrationskonzept geht in keinem seiner fünf Arbeitsschwerpunkte auf Kulturförderung ein. Es verweist lediglich im Anhang der Bestandsaufnahme mit wenigen Worten auf die Interkulturelle Woche (Vorlage 1598/14),
- wenn Angebote in diese Richtung gemacht werden, zielen diese vorrangig nur auf türkische Migranten, dabei aber auch eher amateurhaft und kon-



Leider beschränkt sich die Wahrnehmung der Kulturszene durch Migration immer noch eher auf Folklore und Kulinarisches – Ramadan in Hamm, 2010.

servativ sind, obwohl es sowohl in Deutschland als auch in der Türkei eine hochspannende Kulturszene gibt,

- in der Bildenden Kunst der Hammer Anbieter (Museum, Kulturbüro, Maxipark u. a.) ist dieser Aspekt in der Ausstellungs- und Sammlungspolitik fast völlig unterbelichtet, sieht man einmal vom Kunstquartier des Luther Viertels ab,
- auch die freie Szene in Hamm vernachlässigt Migranten, denn weder in der Kulturwerkstatt, auf dem Kulturrevier Radbod noch im Bauhof in Herringen sind sie vertreten.

Warum sich weder die zuständigen Fachpolitiken (Kultur-, Jugendhilfeausschuss, Integrationsrat) noch die Fachverwaltungen um das Thema kümmern, bleibt bei dem generellen Engagement der Stadtpolitik für Migranten ein Rätsel. Einer der wenigen positiven Ansätze findet in Klangkosmos-Konzerten in der Jugendkirche, im Cineplex mit regelmäßigen Filmangeboten in türkischer Sprache sowie in den Stadtbüchereien mit dem Bücherangebot in anderen Sprachen statt.

Als besonders kritisch ist bei allen Angeboten, wenn sie dann doch von dieser Bevölkerungsgruppe wahrgenommen oder gar veranstaltet werden, ihre eher unkritische Distanz zu allem Politischen der Ausgangskultur. Politische Diskurse zu diesem Komplex der Herkunftsländer finden in Hamm kaum statt im Gegensatz zu vielen anderen Städten im Ruhrgebiet, wie in Mülheim, Bochum und Dortmund oder zum Beispiel mit den interkulturellen Wochen in Ahlen (in diesem Jahr zum 35. Mal mit dem Themenschwerpunkt Brasilien).

In Hamm könnte sich mit und über die Arbeitsgruppe zur Interkulturellen Woche unter der Federführung der Stadtbüchereien eine Chance eröffnen, das Thema personell und finanziell zu professionalisieren. Wenn „Integration“ oberste Priorität in dieser Stadt hat, gehört es wesentlich dazu, den Beitrag, den Migranten zur sogenannten „Hochkultur“ beitragen durch ein adäquates Angebot, deutliche Hinweise und explizite Einladungen an die Migranten wertzuschätzen.

Glossar: Aufenthaltstitel

Angelika Langenohl-Weyer

Nach dem Zuwanderungsgesetz vom 01.01.2005 gelten für Einwanderer in die Bundesrepublik die unterschiedlichsten Aufenthaltstitel, die zumeist gebunden sind an den Zweck ihrer Einreise, die Aufenthaltsdauer und die Erfüllung der unterschiedlichsten Voraussetzungen (versicherungspflichtige Tätigkeiten, Deutschkenntnisse etc.). Für die Zuwanderer bedeuten diese Titel eine mehr oder weniger große Sicherheit, in Deutschland leben und arbeiten zu können, Leistungen in Anspruch nehmen zu können, ja sogar Einschränkungen der Bewegungs- und Reisefreiheit.

Allein für Menschen, die politisch verfolgt oder vor Krieg und Bürgerkrieg fliehen, gelten unterschiedliche Aufenthaltstitel:

Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, erhalten für die Dauer ihres Verfahrens eine **Aufenthaltsgestattung**. Diese bringt zahlreiche Einschränkungen mit sich:

- Residenzpflicht (Verlassen des zugewiesenen Regierungsbezirks nur mit Sondergenehmigung),
- Arbeitsverbot während der ersten neun Monate, danach drei

Jahre lang nur nachrangiger Zugang,

- Bei Bedürftigkeit Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz,
- kein Recht auf Familiennachzug.

Wird ein negativ entschiedener Asylantrag rechtskräftig, ist der Antragsteller unmittelbar ausreisepflichtig. Sollte dies nicht freiwillig geschehen, droht die Abschiebung. In einzelnen Fällen (Krankheit, Todesstrafe und Folter im Herkunftsland, Probleme bei der Passerteilung, humanitäre Gründe) kann die Ausreisepflicht ausgesetzt werden. In diesen Fällen erhalten die Menschen eine Duldung. Das bedeutet:

- Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf ein Bundesland,
- nur kurzfristige Verlängerung,
- Arbeitsverbot während der ersten zwölf Monate, danach drei Jahre lang nur nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt und damit kaum Chancen, eine Arbeit zu finden,
- bei Bedürftigkeit Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz,
- kein Familiennachzug möglich.

Für Menschen mit langfristiger **Duldung** (Kettenduldungen) sieht das Gesetz die Möglichkeit eines **Bleiberechts** vor. Bislang gibt es allerdings keinen gesicherten Anspruch auf ein Bleiberecht. Diese wird von der Innenministerkonferenz beschlossen und an einen Stichtag (Einreise) sowie bestimmte Bedingungen gebunden, an denen viele Langzeitgeduldete scheitern. Der Bundesrat hat allerdings im Mai 2013 einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht möglich sein soll. Dieser Entwurf ist allerdings noch nicht vom Bundestag verabschiedet.

Für **Flüchtlinge bzw. Konventionsflüchtlinge** gelten andere Bedingungen als für Asylsuchende. Menschen, die auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention nach § 60 Abs. 1 AufenthG anerkannt werden, bedürfen keiner Einzelfallprüfung. Dies gilt ebenso für Kontingentflüchtlinge, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen in Deutschland Aufnahme finden (z. B. zur Zeit aus Syrien).

GFK-Flüchtlinge erhalten wie Asylberechtigte weitgehende soziale Rechte und eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre.

Danach wird die Asylanerkennung noch einmal überprüft. Wird kein Widerruf eingeleitet, erhalten sie eine Niederlassungserlaubnis.



Keine Arbeitserlaubnis, keine Arbeit – außer zu fegen.



Betteln ist kein Lebenszweck

(Fotos: Hartmut Gliemann)

Doch nicht nur für Flüchtlinge gelten unterschiedliche Statuten, nach denen sie ihren Aufenthalt bestimmen können, für Einwanderer bestehen zur Zeit gut ein Dutzend Titel mit sehr unterschiedlichen Rechten. Hier nur die häufigsten:

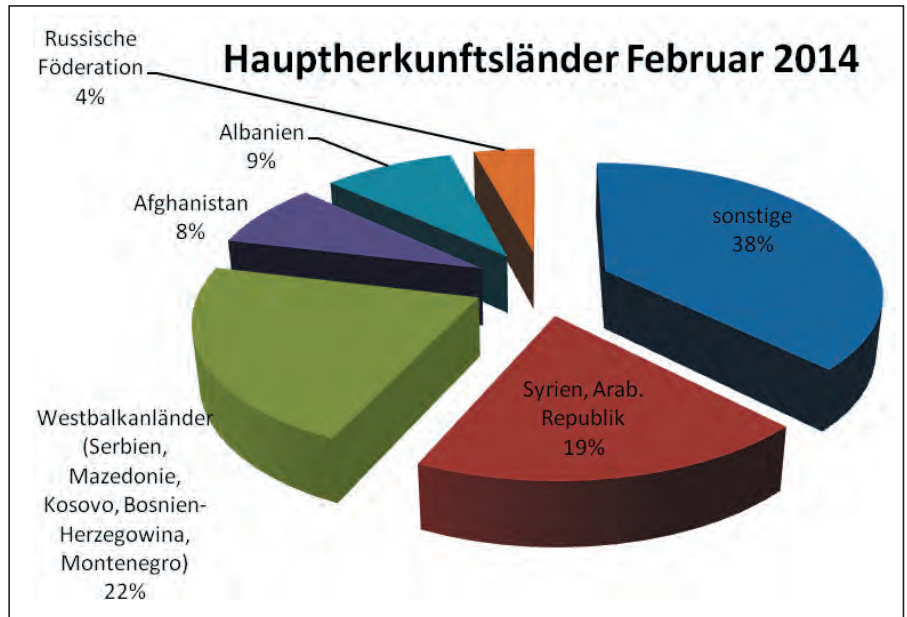
Einreisende aus den meisten nicht EU-Staaten brauchen zur Einreise ein Visum, das drei Monate gültig ist und den Aufenthalt in allen Schengen-Staaten ermöglicht.

Eine **befristete Aufenthaltserlaubnis** erhalten Einwanderer, die zu einem bestimmten Zweck (Ausbildung, Familiennachzug, Arbeitsaufnahme etc.) einreisen. Wenn nicht gebunden an einen zeitlich konkret absehbaren Zweck – z. B. Studium, befristeter Arbeitsvertrag – ist sie verlängerbar.

Eine **Niederlassungserlaubnis**, mit denen Einwanderer nahezu alle Rechte genießen, erhalten Ein-

wanderer frühestens nach drei Jahren Daueraufenthalt, dem Nachweis gesicherten Lebensunterhalts und nach 60 Monaten Beiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Nachziehende Ehegatten (auch zu Deutschen) müssen im Allgemeinen einen Sprachtest bereits vor der Einreise absolvieren.



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Wenn Unauffälligkeit zur Hauptaufgabe wird

Saskia Geisler

Stellen Sie sich vor, Sie fahren Fahrrad, werden angefahren und ihr erster bewusster Gedanke gilt der Frage, wie Sie von dort weg kommen, bevor Polizei oder Krankenwagen eintreffen. Stellen Sie sich vor, Sie haben ein schlaues, neugieriges, siebenjähriges Kind. Doch Sie können es nicht einschulen aus Angst vor Entdeckung.

Papierlose, Statuslose, Illegale, irreguläre Migranten. Die Bezeichnungen für Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, sind vielfältig. „Illegale“ ist wohl der Ausdruck, den die meisten kennen. Es ist unsere umgangssprachliche Art zu sagen, dass jemand ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland lebt. Doch eigentlich zeigt der Begriff an sich schon ein Problem: Ein Mensch kann niemals illegal sein. Höchstens kann sein Aufenthalt in einem Land nicht den Gesetzen entsprechen.

Der Weg ins Land

Das Leben ohne Papiere in Deutschland ist kompliziert. Vermutungen darüber, wie viele Menschen hier ohne legalen Aufenthaltsstatus leben, gehen weit auseinander. Nach einer Schätzung des BAMF wohnten 2010 in Deutschland 100.000 bis 400.000 Menschen ohne Papiere. Entgegen der landläufigen Vorstellung sind die meisten von ihnen nicht bei Nacht und Nebel über die Grenze gekommen. Viele der Betroffenen sind legal mit einem Besucher- oder Touristenvisum eingereist. Als die Aufenthaltsberechtigung auslief, sind sie eben nicht zurückgereist, sondern geblieben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es können wirtschaftliche genauso wie familiäre oder politische Motive sein, die einen Menschen dazu veranlassen, seine Heimat zu verlassen. Meist ist es ein Mosaik aus vielem. Eins ist aber gewiss: Der Schritt zum Leben ohne Papiere

ist ein schwerer, denn er bedeutet auch: Ein Besuch bei der Familie in der Heimat ist so gut wie unmöglich, schließlich müsste man sich spätestens bei der Rückkehr erneut den deutschen Behörden stellen. Denn auch dann tun sich Probleme auf. Da sich die Menschen ja bislang illegal im Land aufgehalten haben, droht Inhaftierung vor der Rückreise. Hier können NGOs vermittelnd eingreifen und zur Klärung der Situation beitragen.

Das Leben in Deutschland

In ihrem Alltag in Deutschland haben die irregulären Migranten vor allem mit vier Kernproblemen zu kämpfen: Wohnen, Bildung, Arbeit und medizinische Versorgung.

1. Wohnen

Natürlich ist es für Menschen ohne Papiere schwierig, Wohnraum zu finden. Schließlich wollen und können sie sich nicht offiziell melden und ausweisen. Schufa-Aus-

kunft oder offizieller Mietvertrag sind Hürden, die für sie unheimlich schwer zu bewältigen sind. Jeder bürokratische Vorgang birgt das Risiko der Entdeckung. Eine Möglichkeit, sich gegen Mietwucher zu wehren, haben die Betroffenen in der Regel nicht. Zwar gibt es NGOs, die sich für die Menschen ohne Papiere einsetzen, doch ist auch hier sensibles Vorgehen gefragt. Ein zu forsches Einfordern geringerer Mietpreise könnte da zu einer Meldung bei den Behörden führen.

2. Bildung

Der Teilaspekt der Bildung betrifft vor allem Kinder. Lange Zeit mussten die Schulen bei der Anmeldung eine Meldebestätigung einfordern und waren verpflichtet, fehlende Nachweise weiter zu melden. Mittlerweile ist diese Pflicht zwar aufgehoben, dies ist aber häufig nicht konkret genug an die einzelnen Schulen kommuniziert worden. Letztlich sind die Papierlosen so immer noch einer Willkür ausgeliefert: Sie können zur Schule gehen und darauf hoffen, nicht gemeldet zu werden. Doch das ist ihnen nicht garantiert. So bleibt die Angst, und viele vermeiden den Kontakt mit der Schule aus Furcht. Es sind die Kinder, die darunter zu leiden haben und in Isolation verbleiben.

3. Arbeit

Auch im Bereich der Arbeit sind Menschen ohne Papiere Willkürakten ausgesetzt. Sie übernehmen Arbeiten, die viele Deutsche nicht mehr machen wollen, man spricht von den 3d: dirty, dangerous, demeaning (dreckig, gefährlich und erniedrigend). In diese Kategorie fallen Hilfsjobs auf dem

Illegal lebende Menschen bleiben unsichtbar

Bau, Restaurantküchen oder Haushalt. Häufig werden ihnen ihre Arbeitsrechte vorenthalten, und sie haben keine Möglichkeit, diese arbeitsgerichtlich durchzusetzen. Gewerkschaften haben sich dieser Probleme in speziellen Arbeitskreisen angenommen und sind auch gerichtlich gegen Arbeitgeber vorgegangen, die auf Ausbeutung setzen. Das Problem ist nur: Sobald die Klagenden vor Gericht auftreten, verlieren sie ihre Unauffälligkeit und werden als Statuslose erkannt. Das hat in der Regel eine Rückkehr in ihr Heimatland zur Folge. Politisch wird dieses Problem mittlerweile auch von der EU erkannt und angemahnt, ein klarer Umgang ist aber noch nicht gefunden.

4. Medizinische Versorgung

Das gleiche Problem gilt für den Arztbesuch. Menschen ohne Papiere und Krankenversicherung steht zwar per Gesetz die gleiche Grundversorgung zu wie Menschen, die Asyl beantragt haben. Aber was ist, wenn der Arzt sie meldet? Ein deutschlandweites Netzwerk vermittelt Hilfesuchende an Ärzte, die sich bereit erklärt ha-

ben, Menschen ohne Papiere zu behandeln, ohne sie weiter zu melden. Aber oft trauen sich Betroffene zu spät zum Arzt oder zur Anlaufstelle. Dann beginnt ein Kreislauf der Überprüfung von Möglichkeiten. Ideal ist dabei immer eine Legalisierung, also das Erreichen eines Statuses und langfristiges Bleiberecht in Deutschland.

Auf politischer Ebene war München die erste Stadt, die überhaupt bereit war, offiziell anzuerkennen, dass Menschen ohne Papiere dort lebten und eine Studie zum Thema in Auftrag gab. Köln zog bald nach, und so hatten beide Städte Anfang der 2000er Jahre Materialien mit Handlungsempfehlungen vorliegen. Seitdem wächst das Bewusstsein für die Problemlage von Menschen ohne Papiere. Doch die Mühlen der Bürokratie mahlen langsam. Erst 2009 wurde festgestellt, dass Menschen, die Statuslosen ehrenamtlich helfen, sich nicht strafbar machen. Und die ständige Angst vor der Entdeckung bleibt – trotz des von der EU verstärkten Rechts auf einen gerechten Lohn oder die Abschaffung der Meldepflicht bei Schulen.

Was und wer steckt hinter Frontex?

Angelika Langenohl-Weyer

Was sich eher anhört wie ein Pflanzenschutzmittel ist aber die Europäische Agentur für operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen Europas. Grundlage ihrer Arbeit ist die Verordnung des Ra-

tes der Europäischen Union. Am 26.10.2004 verabschiedete der Rat der Europäischen Union besagte Verordnung zur Schaffung der Agentur Frontex. Ihre Hauptaufgabe, so sieht es die Verord-

nung vor, sollte in der Verbesserung der Koordinierung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern im Bereich des Schutzes der Außengrenze liegen.

Praktisch ist dies ein paramilitärischer Grenzschutz, der insbesondere den Mittelmeerraum vor illegaler Einwanderung aus Afrika und Asien schützen soll. Jährlich versuchen insbesondere aus der Subsahara ca. 120.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Flüchtlinge, die es schaffen – wenn sie nicht ertrunken sind oder zurückgeschickt werden –, haben möglicherweise eine gefährliche Flucht in überfüllten Booten hinter sich, aber nur wenige von ihnen, die von der nordafrikanischen Küste aufgebrochen sind, erreichen das europäische Festland. Sie werden nicht selten von Satelliten, Drohnen und Frontexschiffen aufgespürt und zum Teil sogar in ihren zumeist seeuntüchtigen Booten zurückbeordert.

Wenn es Menschen dennoch schaffen, droht ihnen ein Verfahren wegen illegaler Einreise. Und wenn Fischer Menschen aus Seenot retten, droht diesen ebenfalls ein Verfahren wegen Hilfe zur illegalen Einreise. Die Bürgermeisterin von Lampedusa berichtete, nach einer der wenigen bekannt gewordenen Katastrophen im Oktober 2013 mit mindestens 400 Toten, dass „Fischer weitergefahren sind, weil unser Land (Italien) schon Prozesse wegen der Förderung illegaler Einwanderung gegen Fischer und Reederei geführt hat, nachdem sie Menschen gerettet haben.“

Die weltweite Empörung über das „Drama von Lampedusa“ nötigte den Innenausschuss des Europäischen Parlaments zu einer Verordnung, nach der die Frontex in Zukunft verpflichtet wird, Flüchtlinge in Seenot zu retten. Gleichzeitig wird mit dem neuen Überwachungsprogramm „Eurosur“ der europäische Grenzschutz mit neuen Überwachungstechniken aufgerüstet. Mit dem Ergebnis, dass Boote bereits bei der Abfahrt behindert und direkt zurückbeordert werden.

Aber die Menschen, die es schaffen auf den europäischen Kontinent zu kommen, haben wegen der Drittstaatenregelung kaum eine Chance nach Deutschland zu kommen.



Auf überfüllten Booten über das Mittelmeer - Menschen auf der Flucht

Denn: Menschen, die Asyl in der BRD suchen, aber über andere Länder einreisen, in denen keine politische Verfolgung stattfindet, haben seit 1993 keine Möglichkeit mehr, als Asylberechtigte anerkannt zu werden. Sie werden in die Länder zurückgeschickt, über die sie eingereist sind. Das heißt, dass Menschen auf legalem Weg kaum noch Möglichkeiten haben, in Deutschland Asyl zu bekommen. Menschenrechtler kritisieren, dass damit eine Einreise ohne professionelle Helfer (Schlepper) unmöglich ist. Oder sie kommen auf dem Landweg in ebenso überfüllten LKW. Aber der einzige Landweg geht nur über die Türkei. Und der ist nahezu dicht und durch hohe Zäune und Stacheldraht gesichert. So bleibt auch hier nur noch der Weg über das Mittelmeer nach Griechenland. Die Drittstaatenregelung greift hier natürlich.

Damit ist jeder, der es nach Deutschland schafft, gezwungen, über seinen Fluchtweg zu lügen. Das kann beim Verfahren als mangelnde Kooperation gewertet werden. Eine individuelle Einreise ist damit kaum möglich. Wenn überhaupt, bleibt der Weg mit dem Flugzeug. Aber dieser ist genauso verbarrikiert wie die anderen Zugänge nach Deutschland. Für Ausländer aus sicheren Herkunftsländern, die über einen Flughafen

einreisen und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen, ist das Asylverfahren vor der Einreise durchzuführen, soweit die Unterbringung auf dem Flughafengelände während des Verfahrens möglich ist. Dies gilt auch für Personen ohne Pass oder Passersatz. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAMF) kann der Ausländer innerhalb von drei Tagen vorläufigen Rechtsschutz beantragen. Das Verwaltungsgericht soll dann innerhalb von 14 Tagen entscheiden.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 vom BAMF 8.764 Personen (14,2 %) als Flüchtlinge anerkannt. Bei weiteren 8.376 Menschen (13,5 %) wurden Abschiebungsverbote festgestellt, weil ihnen im Herkunftsland etwa die Todesstrafe, Folter für Leib und Leben drohen. Diese Menschen sind quasi anerkannte Schutzbedürftige zweiter Klasse. Die anerkannten Asylbewerber setzten sich zusammen aus: 3434 Iraker, 1472 Iraner, 464 Somalier und der Rest aus weiteren Nationalitäten. Im Verhältnis zur Bevölkerung hat Deutschland auch im europäischen Vergleich nur einen geringen Anteil an Flüchtlingen aufgenommen.

Quo vadis Europa – Flüchtlingsabwehr oder Flüchtlingsschutz

Kommentar von Heinz Drucks

Manchmal erreicht das Schicksal von Flüchtlingen doch die breite Öffentlichkeit. Leider jedoch meist dann, wenn erneut viele Menschen bei dem Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben verlieren. Dann vergießen alle die üblichen Krokodilstränen, zeigen sich erschüttert und geloben, dass so etwas nicht wieder passieren darf. Dies gilt auch und gerade für die Politik, die der Flüchtlingsproblematik sonst überwiegend mit ständigen Verschärfungen und stigmatisierenden Kampagnen begegnet. Nicht wirklich glaubwürdig, denn wenig später ist die Betroffenheit verfliegen, und man beschließt wieder Maßnahmen, die den Zugang zur EU erneut erschweren und damit zugleich das Risiko für Flüchtlinge weiter erhöhen.

Unzweifelhaft ist der Umgang mit Flüchtlingen in Europa/Deutschland vor allem abwehrgeprägt – ob an den Außengrenzen, bei der Binnenverteilung (Dublin-Verordnung) oder der rechtlich/sozialen Stellung im Aufnahmestaat (hier Deutschland). An den Außengren-

zen geht es vor allem um die Identifizierung und Schließung von Zugangswegen – „Überleben ist da Glücksache“. Innerhalb Europas steht die Frage der Zuständigkeit im Mittelpunkt – der Zugang zu einem geordneten Verfahren und eine menschenwürdige Versorgung finden bestenfalls zweitrangige Berücksichtigung –, „suche Schutz wo du willst, Hauptsache nicht hier“. Im Aufnahmestaat (hier Deutschland) schließlich werden Flüchtlinge häufig als „Störfaktor/Rechtsbeuger“ betrachtet und rechtlich/sozial an den gesellschaftlichen Rand gedrängt – „wer betrügt, der fliegt“.

Was sagt das über uns alle aus, wenn wir, auch individuell, humanitären Anforderungen mit Abwehr und Ignoranz begegnen und die unübersehbaren Schicksale verdrängen, selbst wenn sie sich in unserem unmittelbaren Umfeld zeigen? Wo sind Mitgefühl und Solidarität geblieben, wenn der Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Umgebung „Argumente“ entgegengebracht werden, wie



der angeblich daraus folgende „Wertverlust des Eigentums“?

Der aktuelle Umgang mit Flüchtlingen in Europa und vor allem die Opfer an den Außengrenzen stehen im offenen Widerspruch zu unseren angeblichen Grundwerten. Dabei verdrängen wir, dass diejenigen, die anderen die Grundrechte verweigern, selbst die „Axt an eben diese Grundrechte legen“ und sie damit auch für sich selbst gefährden! Der Einsatz für Flüchtlinge ist also Einsatz für Menschenrechte, auch die eigenen!

Verwundeten Menschen ihre Würde zurückgeben – eine Flüchtlingsinitiative in Mali

Ntamag Elom François Roméo

Mit 15 Jahren habe ich meine Heimat Kamerun verlassen und lebte fortan mit meinem Cousin Patrice seit 2003 für drei Jahre als illegaler Migrant zwischen Nigeria, Benin, Niger, Algerien und Marokko, um den Weg nach Europa zu finden.

Opfer bekannter und sich immer wiederholender Ereignisse vor Ceuta und Melilla im Jahr 2005 wurden Patrice und ich zwangsrückgeführt und in der Wüste Malis ausgesetzt. Dort kämpften wir anschließend zehn Tage gegen den Durst und gegen den Hunger an, so wie zu derzeit viele andere

durch das algerische Militär abgewehrte Flüchtlinge.

2006 nach Umwegen wieder in Mali angekommen gründete ich eine Vereinigung der Abgeschobenen Zentralafrikas in Mali (Association des Refoulés d’Afrique Centrale au Mali – ARACEM). ARACEM organisiert Projekte, die Unterstützung anbieten, eine Verbesserung persönlicher Lebensumstände versuchen und den verwundeten wie verwundbaren Menschen ihre Würde zurückgeben möchte. Es sind nahezu 5000 Migrantinnen und Migranten, die von



François Roméo Ntamag, selbst Flüchtling – und Gründer der Initiative ARACEM

2006 bis 2013 von den Angeboten von ARACEM profitieren konnten.

Heute leiten Patrice und ich die Initiative ARACEM mit 14 weiteren Menschen, die sich in drei Aufnahmезentren in Bamako, Gao und Kidal für etwa 100 Migrantinnen und Migranten monatlich einsetzen! ARACEM bietet temporäre Notunterkunft für bis zu drei Tage oder länger für Frauen, Jugendliche oder Kinder und kranke Men-

schen an. Zudem werden medizinische, psychosoziale Betreuung und Beratung sowie individuelle Hilfen angeboten. Es findet Unterstützung bei der Beantragung von offiziellen Papieren statt.

Weiterhin trägt ARACEM die Sorgen der Menschen sowie die Erfahrungen und Beobachtungen der täglichen Arbeit zu offiziellen Repräsentanten und internationalen Organisationen. ARACEM ist

somit zu einem Referenzprojekt der Aufnahme und Unterstützung von zwangsrückgeführten und nicht-ortsgebundenen Menschen, die sich eben auch durch ihre besondere Verletzlichkeit in ihrer Situation auszeichnen, in Westafrika geworden.

Ntamag Elom François Roméo
Bamako/Mali
www.aracem.canalblog.com

Songs About Leaving Africa: Musik über Besseres als den Tod und von Traum und Realität

Marc Stefaniak

Viele Menschen, die ihre afrikanische Heimat verlassen haben oder verlassen mussten, leben im wohlhabenden Europa in Armut, Illegalität und einer einsamen Diaspora. Sie führen ein hartes, zermürbendes Leben, an dem nicht wenige verzweifeln oder auch nicht selten zugrunde gehen.

Um vor dem Schmerz, die Heimat über eine gefährvolle Reise und mit einer wahrscheinlich erdrückenden Ungewissheit zu verlassen, nicht kapitulieren zu müssen, machen einige Pop oder Hip Hop daraus und singen über ihre Erlebnisse und Erfahrungen.

Daraus ist eine sehr zu empfehlende Kompilation entstanden: „Yes We Can – Songs About Leaving Africa“. Sie alle handeln vom Verlassen des Kontinents – und einem Leben in einem Europa, das für viele vom Traum zum Alptraum

zum Trauma wurde. Barca mba Mbarzak – Barcelona oder die Hölle. Dieser Satz ist in Senegal überall bekannt: Abhauen oder in einer der urbanen Höllen der afrikanischen Megacities umkommen. Der Westen erscheint da, befeuert von Stereotypen, Medienbildern, wohlhabenden Touristen oder Helfern, als das gelobte Land.

Was alle Menschen einen mag, die ihre afrikanischen Heimat mit dieser Perspektive verlassen, ist der Wille zur Veränderung und die Hoffnung auf ein besseres Leben: „Yes We Can“. – „Es herrscht in Afrika ein unerschütterlicher Optimismus“, schreibt die englische Journalistin Rose Skelton in ihrem Booklet, das alle Songtexte in englischer Übersetzung bietet.

Was könnten wir lernen, wenn wir diese CD einlegen? Hinhören! Zuhören! Respekt zeigen! Viel-



„Yes We Can – Songs About Leaving Africa“ ist bei Outhere Records, München, erschienen.

leicht liegt auch schon darin – wie es stets der Musik nachgesagt wird – eine heilende Wirkung. Und wir hören Musik, die gut ist, die klug ist, die zeigt, wie kreativ-musikalisch der afrikanische Kontinent ist.

Büro Weißenfeld & Partner

Ulrike Weißenfeld
selbst. Kauffrau

- Betriebsberatung
- Begleitung zu Behörden, Banken etc.

Nassauerstraße 29
59065 Hamm
im Martin-Luther-Viertel
Telefon 02381 9981790
Telefax 02381 3059665
Mobil 0173 7359381
www.uweissenfeld.de

Bioland-Hof
Holtschulte
Frische direkt vom Hof.



HUBERTUS HOLTSCHULTE
Osterfeld 4 · 59514 Welter-Illingen
Tel. (02384) 960379 oder 2855 · Fax 91 1243
E-Mail: holtschulte@t-online.de · www.bioland-holtschulte.de

HOFVERKAUF nach telefonischer Absprache

WOCHENMÄRKTE: Dienstag, Donnerstag 7.30–13.00 Uhr,
Samstag 7.00–13.30 Uhr an der Pauluskirche

Lieferplan der Abokiste:
Dienstag: Hamm-Osten, Mitte, Süden, Berge, Rhynern
Mittwoch: Lohausersholz, Pelkum, Herringen, Bockum-Hövel,
Heessen

Zapatistas in Mexiko: Emanzipation und konstruktive Alternativen

Horst Blume

Viele europäische Medien hatten im Vorfeld des 21. Dezember 2012 den Weltuntergang oder zumindest eine Katastrophe für die im uralten Maya-Kalender markierte Zeitenwende herbei phantasiert. Doch es kam ganz anders. Die Mayas selbst meldeten sich an diesem Tag im mexikanischen Bundesland Chiapas völlig überraschend mit einer eindrucksvollen Manifestation für Land und Freiheit in der Weltöffentlichkeit zurück.

40.000 Zapatistas strömten aus den Dörfern des Lakandonischen Urwaldes in fünf Provinzstädte. Mit verhülltem Gesicht, um gesehen zu werden. Schweigend, um sich Gehör zu verschaffen. Einige Stunden später erschien das bisher kürzeste Kommuniqué in der Geschichte der zapatistischen Befreiungsbewegung: „Habt ihr das gehört? Das ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht. Es ist die unsere, die wiederkehrt.“ Der Name der Zapatistas geht zurück auf Emiliano Zapata (1879-1919), den bekannten Führer der lange zurückliegenden mexikanischen Revolution im Süden Mexikos.

In Chiapas haben sich seit dem Aufstand im Jahre 1994 hunderttausende Menschen zusammen-

geschlossen, um gegen Ausbeutung, Armut, Rassismus der weißen Dominanzgesellschaft, Frauenfeindlichkeit und Umweltzerstörung zu kämpfen. Ihr Ziel: Ein selbstverwaltetes Leben in Würde und Freiheit.

Seit 20 Jahren erkämpften sich die Zapatistas etwa 250.000 Hektar von Großgrundbesitzern und Staat geraubtes indigenes Land zurück und nutzen es seitdem für die kleinbäuerliche Selbstversorgung. Zwölf Tage nach dem zwar bewaffneten, aber schusslos erfolgten Aufstand gegen den hochkorrupten mexikanischen Staat legte die Befreiungsorganisation EZLN 1994 die Waffen ab und widmete sich seitdem dem Aufbau unabhängiger Parallelstrukturen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Verwaltung, Rechtsprechung, Kommunikation, Produktion und einer autonomen Bank.

Es ist ein Novum in der Geschichte, dass eine bewaffnete Befreiungsorganisation sich bewusst und freiwillig in eine zivile Bewegung umwandelt, dabei Hierarchien abbaut und selbst unter prekären Bedingungen und massiver Bedrohung von Militär und bewaffneten Banden Basisdemokra-

tie praktiziert. Seitdem bilden mehrere Dutzend zapatistische Dörfer einen autonomen Landkreis, mehrere Kreise eine „rebellische Zone“, von denen es in Chiapas fünf gibt. Dort arbeiten die fünf „Räte der Guten Regierung“, die alle drei Jahre neu gewählt werden. Zapatistische Funktionsträger können jederzeit abgesetzt werden, wenn sie nicht den Willen der Bevölkerung umsetzen.

Selbst das Gesicht des bekannten „Subcomandante Marcos“ bleibt durch eine verhüllende Mütze bedeckt. Seine poetischen Manifeste und Bücher begeistern weltweit Kulturinteressierte und Intellektuelle. Doch auch er meidet konsequent das Rampenlicht und gibt inzwischen nur noch alle paar Jahre öffentliche Erklärungen ab. Die innere Konsolidierung des Projektes ist ihm wichtiger, als jeden Monat in den Medien präsent zu sein.

Musikalischer Lautsprecher der zapatistischen Bewegung ist der bekannte Künstler Manu Chau. Hunderte Bands eifern ihm nach, sodass der Sound der Revolte die Aktionen und Massenmeetings der internationalen globalisierungskritischen Bewegungen seit zwei Jahrzehnten begleitet.

Der Alltag der selbstverwalteten zapatistischen Gemeinden gestaltet sich allerdings weniger spektakulär. Denn zuerst muss das Überleben der Menschen gesichert werden. Die landwirtschaftlichen Produkte aus den kleinbäuerlich geprägten Gebieten konkurrieren mit subventionierten Einfuhren der Agrarindustrie aus Nordamerika oder Nordmexiko.

Das kleinbäuerliche Netzwerk La Via Campesina produziert erschwingliche, umweltfreundlich hergestellte Nahrungsmittel für den lokalen Markt. Die offizielle Politik der mexikanischen Regierung stellt diese angepasste Produktionsweise als rückständig und unmodern dar, um Agrarkonzernen mit hohem



„Aroma Zapatista“ – die Kaffeebohnen liegen zum Trocknen in der Sonne.

Flächen-, Gift- und Energieverbrauch die Möglichkeit zu geben, Riesengewinne einzufahren. Die Ernährungssouveränität der einheimischen Bevölkerung würde damit zerstört. Es ist wichtig, dass zuerst die lokalen Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden, bevor für den Weltmarkt produziert wird.

Als besonders gefährlich erweist sich die Regierungsförderung für den großflächigen Anbau der Ölpalm-Monokulturen. Mit diesen „grünen Wüsten“ lassen sich auf Kosten der Umwelt und lokalen Bevölkerung schnelle Gewinne machen. Die biologische Vielfalt wird zerstört, die Niederschlagsmenge nimmt ab und das Klima wandelt sich. Die Bauern werden zunächst mit kostenlosen Setzlingen und Düngemitteln geködert und müssen in den nachfolgenden Jahren mit den schwankenden Weltmarktpreisen zurechtkommen. Sie haben keine gesicherten Einkünfte mehr.

Eine weitere Bedrohung stellen touristische Großprojekte dar, die in Chiapas massiv und mit viel propagandistischen Aufwand gefördert werden. Vorbild ist das berühmte Cancun an der Karibik, das für seine miserablen Arbeitsbedingungen, Sex-Tourismus und massive Umweltschäden bekannt ist. Bereits jetzt besuchen jährlich 3,5 Millionen Urlauber Chiapas. Mit Luxus-Herbergen, Restaurants, Supermärkten und Hubschrauberlandeplätzen inmitten des Regenwaldes soll ein angeblicher Öko- und Abenteuer-tourismus entstehen. Heute schon überfallen und zerstören von der Tourismusindustrie organisierte bewaffnete Banden ganze Dörfer, um Indigene zu vertreiben.

Mit erzwungenen Umsiedlungen versucht die mexikanische Regierung die Kleinbauern in enge Ghettos einzupferchen und ihre bisherige Lebensweise zu zerstören. Durch diese territoriale Neuordnung soll der Einfluss der zapatistischen Gemeinden eingedämmt werden.

Der münsteraner Chiapas-Experte Dr. Luz Kerkeling charakterisiert diese Entwicklung folgendermaßen: „Darüber hinaus geht der ‚Krieg niederer Intensität‘ weiter,



Verhüllung ist oft lebensnotwendiger Schutz gegen Repression – selbst bei der Pflege von Kaffeesträuchern. (Foto: Dorit Siemers)

eine Strategie aus Repression, Desinformation und Korruption, um die zapatistischen Gemeinden im Widerstand einzuschüchtern, zu spalten und Menschen aus dem Widerstand herauszukaufen. Noch immer sind Tausende Soldaten in Chiapas stationiert“.

Es ist eine außerordentlich große Leistung, dass unter diesen widrigen Bedingungen über zwei Jahrzehnte hinweg die zapatistischen Parallelstrukturen aufrecht erhalten werden konnten. Besonders bemerkenswert ist, dass sich dieses emanzipatorische Projekt grundsätzlich von den westlich-karitativen „Fürsorge“-Konzepten unterscheidet, mit denen angeblich in ihrer Entwicklung Zurückgebliebene mit den Segnungen der „Zivilisation“ beglückt werden sollen.

Die rund 1000 Gemeinden initiierten im August 2013 selbstbewusst die „Kleine zapatistische Schule“, in der 1500 geladene Gäste aus aller Welt vor Ort von ihnen lernen konnten, wie ihre Selbstverwaltung und ihr Widerstand funktioniert. Durch ihr Beispiel sind sie ein Vorbild für viele andere Bewegungen in anderen Ländern.

Die zapatistische Form der Entscheidungsfindung von unten nach oben unter Einbeziehung aller Beteiligten ist eine konsequente Absage an elitäre und autoritäre

Machtstrukturen, die in Mexiko vielen Menschen das Leben schwer machen. Denn das diskursive Motto der Zapatistas lautet: „Fragend schreiten wir voran.“

In der BRD gibt es zahlreiche lokale Gruppen, die Solidaritätsarbeit leisten, öfters nach Chiapas fahren und zapatistische Kooperativen ganz konkret unterstützen, indem sie ihren Kaffee „Aroma Zapatista“ und andere Produkte verkaufen.

Infos:

Unterstützungsgruppe „Basta“ in Münster: <http://www.gruppe-basta.de/>

Zeitschrift in deutscher Sprache: <http://www.tierra-y-libertad.de/>

Kaffee-Vertrieb: www.aroma-zapatista.de/start

Leseempfehlung:

Luz Kerkeling: „¡RESISTENCIA! Südmexiko: Umweltzerstörung, Marginalisierung und indigener Widerstand“, Unrast Verlag Münster 2013, 576 S., 26,80 €

Film:

„Wenn das Land zur Ware wird. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der indigenen Bevölkerung in Südmexiko“. 71 Min. Produktion: Dorit Siemers und Luz Kerkeling: www.zwischenzeit-muenster.de/land-film.html

Rezension

Das Exil, die Isolation

Sehnsucht. Das ist wohl der zentrale Begriff, der Abbas Khiders Roman „Brief in die Auberginenrepublik“ zugrunde liegt. Sehnsucht nach der Heimat, Sehnsucht nach der Liebe, Sehnsucht nach Normalität, Sehnsucht nach Freiheit. Und letztlich auch Sehnsucht nach sich selbst und dem Leben, das man sich erhofft hat.

„Brief in die Auberginenrepublik“ spielt Ende der 1990er Jahre und beschreibt, wie der junge Iraker Salim versucht, seiner Freundin Samia einen Brief zu schicken. Das Problem: Zwischen ihnen liegen mehrere Landesgrenzen. Salim ist nach Libyen geflohen, nachdem er im Irak festgenommen und gefoltert worden war. Zwei Jahre hat Salim nichts von ihr gehört und hat ihr doch täglich einen Brief geschrieben – den er dann doch nicht abschicken konnte aus Angst, sie erst mit dieser Post wirklich zu verraten.

Die Romanhandlung setzt ein, als

Salim herausfindet, wie er einen Brief zu Samia schmuggeln lassen kann.

Der Brief dient als Klammer zwischen den Episoden, die nun folgen. Denn statt Salims Warten auf Antwort zu begleiten, folgen wir dem Brief auf seiner Reise und erhalten so kurze Einblicke in die Leben der Menschen, durch deren Hände die Botschaft geht. Dabei überzeugt der Roman durch eine klare, prägnante Sprache, die die Gefühlswelt der jeweiligen Protagonisten realistisch nachzuzeichnen versteht. Abbas Khider gelingt es, das Leben mit Humor zu schildern und dennoch die Augen nicht vor der Grausamkeit der Realität zu verschließen.

Am Ende der Reise lesen wir die Nachricht an Samia und begegnen so Salim erneut. Der Roman lässt durch seine Erzählstruktur die Isolation des Exils, den drastischen Schnitt und Verlust, den eine Flucht bedeutet, auch für den Le-



ser erlebbar werden. Abbas Khider wurde 1973 in Bagdad geboren und floh 1996 aus dem Irak. Sein Roman „Brief in die Auberginenrepublik“ erschien 2013 bei Edition Nautilus.

Saskia Geisler

Rezension

Hoffnung im Herzen – Freiheit im Sinn

Wer meint, die Entscheidung seine Heimat und Familie hinter sich zu lassen, sei eine einfache Entscheidung, ist sicherlich in einem Land aufgewachsen, in das es immer eine straffreie Rückkehr gibt.

Für Flüchtlinge gibt es diese Wahlfreiheit meist nicht. Flucht ist mehr als nur der Wunsch nach einem „besseren Leben“. So wie für den Eritreer Zekarias Kebraab. Eindrücklich schildert er seine vierjährige Flucht, bis er endlich in Deutschland eine neue Heimat findet. Er schreibt über seine Hoffnungen und Ängste, von Zusammenhalt und Verrat. Und er macht deutlich, dass Berichte und Geschichten anderer, von Gefahren und Enttäuschungen nicht viel zählen, wenn der Traum von Freiheit tief verankert ist.

Schon früh erwacht in Zekarias Kebraab die Sehnsucht nach Freiheit. Geprägt von den Folgen des Krieges zwischen Eritrea und Äthiopien schreit der fünfjährige 1990 den Flugzeugen am Himmel hinterher: „Bitte nehmt uns mit nach Europa.“

Fernsehprogramme und die Geschenke seines älteren Bruders, der in Großbritannien studiert, festigen bei ihm das Bild vom reichen Europa, in dem jeder so leben darf, wie er möchte. Monatelang hält er sich versteckt, entzieht sich dem Militärdienst, obwohl er die drastischen Strafen hierfür kennt, bis er 2002 seine Chance in der Flucht sucht, die ihn sowohl physisch als auch psychisch an die Grenzen seiner Kräfte bringt.

Über den Sudan, Libyen und das Mittelmeer erreicht Zekarias schließlich Europa. Und wird herb enttäuscht, denn hier ist er keineswegs willkommen. Nicht in Italien, nicht in Österreich und auch nicht in Deutschland. Eindrucksvoll erzählt er von den Ängsten abgeschoben zu werden, von Massenunterkünften ohne Privatsphäre, von erneuter Flucht und Illegalität in Europa, den Problemen sich nicht frei bewegen zu dürfen und dem „Alleingelassenwerden“ in der Fremde.

Zekarias Kibraab: Hoffnung im Herzen, Freiheit im Sinn – Vier Jahre auf der Flucht nach Deutschland (Bastei Lübbbe, 2011) über seine Flucht aus Eritrea über den Sudan und Libyen nach Deutschland.

Claudia Kasten

Fußball ist unser Leben

Thomas Fatheuer

Kaum ein Land identifiziert sich so mit dem Fußball wie Brasilien. Jeder Mensch, der Brasilien besucht, wird rasch die Allgegenwärtigkeit des Fußballs erleben. Es wird nicht nur an allen möglichen und unmöglichen Orten gespielt, sondern vor allem unglaublich viel über Fußball geredet, gelacht, geschimpft und geflucht.

Für manche ist dies mehr als Leidenschaft und Freude am Fußball. Der brasilianische Anthropologe Roberto de Mata hat vor über 20 Jahren die These aufgestellt, dass in einem Land, in dem Institutionen schwach entwickelt oder – wie die politischen Parteien – extrem diskreditiert sind, Fußball, Musik und Religion die wichtigsten Quellen der sozialen Identität sind. Außerdem bietet Fußball eine zentrale Botschaft für Demokratie und soziale Mobilität an: auf dem Feld entscheidet nicht der Einfluss deiner Familie, nicht deine Hautfarbe, sondern allein die Leistung.

Nun ist Brasilien heute eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, die Währung ist stabil und das politische System mag mangelhaft sein, aber nicht brüchig. Fußball ist zwar nach wie vor wichtig, aber vielleicht nicht mehr so zentral, wie Matos vermutete. Die Niederlage im Endspiel der WM 1950 in Brasilien gegen Uruguay löste damals eine heftige Diskussion über die

„Minderwertigkeit“ Brasiliens aus. Bei der WM 2010 hingegen erzeugte die Niederlage gegen Holland zwar Frust und Wut, aber keine tiefer gehenden Selbstzweifel mehr.

Denn gerade wenn es um die Nationalmannschaft geht, steht nicht allein die Frage nach dem Erfolg, sondern die Frage, wie denn gespielt werden sollte, im Zentrum des Interesses. Die meisten Brasilianer/-innen insistieren darauf, dass es beim Fußball nicht nur um den Sieg geht, sondern auch um das schöne Spiel – jogo bonito – oder um den futebol-arte, um die Fußballkunst.

Diese nationale Debatte zwischen Erfolgsorientierung und dem jogo bonito erlebte einen neuen Höhepunkt während der letzten WM. Nach dem Debakel bei der WM in Deutschland 2006 ernannten die Vertreter/-innen eines erfolgsorientierten, effizienten Fußballs Dunga zum Nationaltrainer. Dunga verkörperte die Abkehr von allem, was dem futebol-arte wichtig war. Disziplin und Ergebnisorientierung waren die zentralen Begriffe des Trainers.

Nie war die Stimmung während einer WM wohl so schlecht wie 2010. Fast eine gesamte Nation schimpfte auf Dunga und seinen Fußball der Ergebnisse. Dunga

versuchte dem mit einem Appell an den Patriotismus zu begegnen, jedoch ohne Erfolg.

Wir wissen, was geschah. Nach einer recht mittelmäßigen Performance in der Vorrunde schied Brasilien in Achtelfinale mit einem unruhlichen 1:2 gegen Holland aus. Der Fußball der Resultate versagte gerade in dem, was sein einziges Versprechen war: dem Erfolg. Nach der Niederlage war der Frust groß – aber mitnichten vergleichbar mit der tragischen Stimmung nach der Niederlage von 1950. Brasilien braucht den Fußball nicht mehr so wie damals, um sich als Nation zu erkennen.

Aber Brasilien nutzt den Fußball, um sich darüber zu verständigen, welchen Entwurf, vielleicht auch welchen Traum man von Land und Leben hat. Eine Vision und ein Traum, in dem nicht nur der Erfolg zählt, sondern auch die Schönheit. Der Aufstieg des Jungstars Neymar mit seinen unglaublichen Dribblings hat in Brasilien wieder die Hoffnung aufkeimen lassen, dass das jogo bonito doch noch einen Platz im modernen Fußball hat und dass sich eine Nation mit ihren Hoffnungen und Ambitionen darin wiederfinden kann. Es geht auch bei der WM 2014 natürlich um Fußball, aber damit gerade in Brasilien um mehr als um Fußball.



Fußball geht immer und überall – auch barfuß!

(Foto: Günter Schulz)

Mit einem neuen Angebot für Klassen möchte der Pädagogische Kreis von FUGe Schülern/-innen unterschiedlicher Altersgruppen das Thema „Fairer Handel“ näher bringen. Die Unterrichtseinheiten dauern 90 Minuten und finden im Weltladen in der Widumstraße 14 statt. Die Kinder und Jugendlichen erleben den Weltladen als einen Ort des fairen Handels und lernen die Bedingungen und Grundlagen dafür kennen. Ihnen soll bewusst werden, dass auch sie schon durch ihr Konsum- und Einkaufsverhalten Einfluss haben und Veränderungen bewirken können.

Gemäß der Erfahrungswelt der einzelnen Altersgruppen sind die Themenfelder unterschiedlich gewichtet. Während der Unterrichtseinheit kommen unterschiedliche Lehrmethoden zum Einsatz. So dürfen die Kinder und Jugendlichen in Kleingruppen probieren, recherchieren und eigenständige Erfahrungen sammeln. Kurzfilme verdeutlichen einzelne Aspekte. Abschließend entwickeln die Klassen Alternativen zum Massen- und Billigkonsum, die sowohl den fairen als auch den regionalen Handel mit Konsumgütern und die ökologischen Aspekte sowie die Klimabilanz mit einbeziehen.

Grundschule

Die Unterrichtseinheit für die Grundschule erklärt den fairen Handel am Beispiel Kakao und Schokolade. Selbstverständlich darf hier auch Schokolade probiert werden.



Swantje Faulenbach bringt Schüler/innen den fairen Handel spielerisch näher.

5.-7. Klasse

Die Unterrichtseinheit für den 5.-7. Jahrgang legt den Schwerpunkt auf faire und unfaire Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit und die ungerechte Verteilung von Einkommensmöglichkeiten in den reichen und armen Ländern. Produktbeispiele aus dem Weltladen verdeutlichen die Problematik.

8.-10. Klasse

Der 8.-10. Jahrgang beleuchtet das Thema anhand der Problematik (un-)fairer Kleidung. Als Beispiel dient die Jeans. Ihr Weg wird vom Rohstoff Baumwolle bis zu ihrer Vermarktung verfolgt.

Sek. II

Selbstverständlich wird auch weiterhin die Sek. II in das Projekt mit Wunschthemen einbezogen und Projekttag und -wochen durch Referate und Materialien unterstützt.

Hier steht den Gruppen Marcos da Costa Melo hilfreich zur Seite (Tel. 41511 oder dacostamelo@fugehamm.de)

Mediothek

Die umfangreiche Mediothek bietet Lehrern/-innen und Schülern/-innen ein großes Angebot an kostenfreien Materialien, die im FUGe-Weltladen für Referate, Unterrichtseinheiten oder Projekttag ausgeliehen werden können.

Für die Unterrichtseinheiten wird um eine Anmeldung mindestens zwei Wochen vor dem Wunschtermin gebeten. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Swantje Faulenbach, Tel. 13420, oder swantje.faulenbach@t-online.de.

Der pädagogische Kreis setzt sich derzeit aus sechs ehemaligen Lehrerinnen und Lehrern zusammen

Wo gute Bücher zu Hause sind

Akzente Buchhandlung Holota

Oststraße 13 · Tel. 1 36 45 · Hamm · Weststraße 11 · Tel. 8 76 90

**Essig & Öl, Spirituosen & Liköre
Tee & Teezubehör, Feinkost
Edelglas-Flaschen, Präsentkörbe**

**Wir empfehlen: elaionas® BIO
Kretisches natives Olivenöl extra
aus kontrolliert biologischem Anbau**

Hammer Apfelsaft kommt 2014 wieder!

Claudia Kasten

Der Hammer Apfelsaft ist ein Erfolgsprojekt, das auch 2014 fortgeführt werden soll. Gemeinsam zogen die Akteure für das Hammer Apfelsaftprojekt – FUGe, Naturfreunde Hamm-Mitte und Naturschutzbund in Hamm zusammen mit Getränke Schürmann und der Obstkellerei Fichtner in Beckum – in diesen Tagen Bilanz. Voller Elan wollen sie gemeinsam im kommenden Herbst das Projekt mit zwei Sammelterminen ausweiten.

Nachdem im letzten Vierteljahr 2013 innerhalb von nur drei Monaten über 800 Fünfliter Gebinde mit ca. 4000 Litern Apfelsaft von Hammer Obst- und Streuobstwiesen verkauft werden konnten war klar, dass dieses Projekt weiter geführt werden musste. Denn auch die Rückmeldungen der Verkaufsstellen waren insgesamt sehr positiv

und die Nachfrage viel größer als das Angebot. Mit der abschließenden finanziellen Bilanz konnte sogar ein kleiner Überschuss in Höhe von 276,63 Euro ausgewiesen werden, der in diesem Herbst in Absprache mit dem Umweltamt

der Stadt Hamm mit der Pflanzung von Apfelbäumen auf Streuobstwiesen ökologisch sinnvoll umgesetzt wird. Die neuen Sammeltermine im September und Oktober werden rechtzeitig bekannt gegeben.



Mehr Äpfel als erwartet: die Apfelkauf-Aktion 2013

(Foto: Ulrich Schölermann)

Autofasten – 7 Wochen „ohne“

Matthias Eichel und Claudia Kasten

Die Passionszeit ist eine christliche Fastenzeit, in der der bewusste Verzicht auf allzu lieb gewordene Dinge – wie zum Beispiel Fleisch, Nikotin, Alkohol oder Süßigkeiten – dazu helfen soll, sich auf Wesentliches im Leben zu konzentrieren. Die Frage nach dem eigenen Lebensstil, nach Werten und Wertigkeiten im Leben rückt dabei in den Fokus. Die Akti-

on „Autofasten“ greift die Frage nach einem bewussten Verzicht und die Neuorientierung des Verhaltens auf mit dem Appell, für einige Wochen etwas auszuprobieren, was man für sich gerne neu entdecken und einüben möchte. Dazu gehört ein klimafreundliches Mobilitätsverhalten, das zugleich für Gesundheit und Geldbeutel gut ist.

Die größte Sorge des kleinen Vorbereitungsteams war, dass die Idee vom „Autofasten“ auf keine Resonanz stößt. Wie man sich doch täuschen kann. Rund 140 Menschen machen mit! Sie lassen ihr Auto so oft wie möglich stehen. Denn das war von Anfang an die Option: Niemand muss komplett auf sein Auto verzichten, aber jeder Teilnehmer sollte versuchen, dies so oft wie möglich zu tun und sich damit bewusst für ein Verkehrsmittel entscheiden. Es ist enorm, wie viele Kilometer dabei „gefastet“ werden. Der öffentliche Nahverkehr und die Fuß- und Radkilometer halten sich dabei die Waage. Die eingesparten PKW-Kilometer hätten schon in den ersten vier Wochen einmal die Erde umrundet! Am Ende werden wir es vielleicht sogar zwei Mal geschafft haben. Dabei wurden allein in den ersten Wochen rund 8000 kg CO₂ eingespart. Eine tolle Leistung und ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz!



Etliche Hammer Prominente unterstützen die Aktion „Autofasten“.

Zu Fuß zur Schule

Claudia Kasten

Das „Taxi Mama“ scheint stets startklar. Zeit und Sicherheit werden hierbei von den Eltern als häufigste Gründe genannt, die Kinder zu fahren. Dabei entsteht jedoch das Paradox, dass gerade dieser Verkehr ein Risiko für die Kinder darstellt. Viele Kinder der Grundschule im Grünen Winkel haben dies erkannt und kommen seitdem freiwillig zu Fuß zur Schule. Vorausgegangen waren rund zehnstündige Unterrichtseinheiten in den zweiten und vierten Klassen der Schule. Die Kinder bildeten daraufhin in ihrer Nachbarschaft klassenübergreifende Laufgemeinschaften – teilweise ohne dass sie die Eltern eingeschaltet haben.

Gearbeitet wurden mit dem Verkehrszählerprogramm, Unterrichtsmaterialien, die vom VRS kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Das integrierte Zauberstern-Belohnungssystem erleichterte den Einstieg und motivierte die Kinder zusätzlich, möglichst häufig zu Fuß und mit angezogener Warnweste zur Schule zu kommen. Denn nur wer zu Fuß und mit Warnweste unterwegs war, konnte für den Klassenverband Sterne sammeln. Bei einer bestimmten Punktzahl wurde mit den Kindern im Rahmen des Unterrichts etwas Besonderes gemacht.

Fazit: „Zu Fuß zur Schule“ macht den Kindern Spaß. Sie können zahlreiche Gründe aufzählen, warum es gut ist zu Laufen. Verkehrssicherheit steht da ganz oben auf



Freiwillig zu Fuß zur Schule: Schüler/innen der Grundschule im Grünen Winkel.

der Liste. Aber auch die Gespräche mit den Freunden, dass man wacher ist, die Familie Geld spart und nicht zuletzt dass es umweltfreundlich ist, werden genannt. Für mich persönlich kommt da noch ein weiterer Aspekt hinzu: Die Kinder lernen, dass es Alternativen zum Auto gibt, und das macht mir Hoffnung.

tiven zum Auto gibt, und das macht mir Hoffnung.

Das Verkehrszählerprogramm finden Interessierte unter: www.vrsinfo.de/service/mobilitaet_smanagement/schulen/verkehrszae_hmer.html



Dieses Produkt **Delfin** ist mit dem **Blauen Engel** ausgezeichnet.
www.GemeindebriefDruckerei.de

Aus Überzeugung: **Umweltpapier**

Unsere FUGE-news ist auf Recyclingpapier gedruckt. Gegenüber Standardpapier spart diese Ausgabe des Dreiklangs: 12.072 Liter Wasser; 1.035 kWh Energie und 759 kg Holz. Buchstäblich: eine Menge Holz!

-Asics-Adidas-Falke-McKinley-NewBalance-NewLine- PowerBar-ProTouch-Reebok-Rykä-Sigma-

Sport Krause

Yvonne und Horst Krause
Werler Straße 20/22 · 59065 Hamm
Telefon 0 23 81 / 3 05 32 67

Fachgeschäft für Läufer, Walker und Fitnesssportler

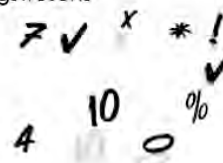
Öffnungszeiten: Di.-Fr. 9.00-13.00 Uhr + 15.00-18.30 Uhr
Sa. 9.00-13.00 Uhr · Montag Ruhetag

-Asics-Adidas-Falke-McKinley-NewBalance-NewLine- PowerBar-ProTouch-Reebok-Rykä-Sigma-

Maria Brauer Betriebswirtin

- Finanzbuchhaltung
- Controlling
- Betriebsberatung
- Organisationshilfe
- Unterstützung bei der Auswahl und Anwendung von Softwarelösungen
- Unterstützung bei Aufbau oder Umstrukturierung des Rechnungswesens

Lilienstraße 4 • 59065 Hamm
Telefon 0 23 81 / 92 67 57
Fax 0 23 81 / 92 67 58
E-Mail info@maria-brauer.de
www.maria-brauer.de



Die „Faire Metropole Ruhr“

Marcos Antonio da Costa Melo

Am 20. November 2013 fand auf dem Gelände des Landschaftsparks Duisburg die Auszeichnung des Ruhrgebiets als „Faire Metropole Ruhr“ statt. 21 Fairtrade-Kommunen, unter ihnen die Stadt Hamm, haben den Weg zur Titelverleihung an die erste Großregion Deutschlands geebnet. Die als Fairtrade Towns schon ausgezeichneten Kommunen machen zusammen mehr als 70 Prozent der Einwohnerzahl des Ruhrgebiets aus, mit dem Kreis Wesel fast 80 Prozent der Einwohner des Reviers (siehe Karte). Insgesamt leben also rund vier Millionen Einwohner in der Fairen Metropole.

Die Frage nach der Identität und dem Aufwand

Die Auszeichnung „Faire Metropole Ruhr“ hat einen besonderen Stellenwert fürs Ruhrgebiet, weil es viele Unterschiede der Zugehörigkeit der Städte und Uneinigigkeiten über die Arbeit der Bewerbung als Fairtrade-Town gibt. Wenn man den Verwaltungsaufwand bei der Erhebung der Verfügbarkeit der Fairtrade-Produkte oder der im Bereich Fairer Handel aktiven Schulen, Vereine und Kirche in einer großen Stadt wie Dortmund, Essen und Duisburg betrachtet, wundert man sich nicht, dass einige Kommunen die Entscheidung für die Bewerbung als Fairtrade-Town verschoben haben. Darüber hinaus stellt man spätestens in der Steuerungsgruppensitzung fest, dass es mit der Beteiligung der Gastronomen sehr schwierig wird, auch wenn es nur darum geht, dass die Gastronomiebetriebe nur zwei Fairtrade-Produkte anbieten müssen. Zudem schafften die Initiatoren nur mit Mühe, dass wichtige Akteure in einer Lenkungsgruppe mitwirken. Die Fairtrade-Town-Kampagne stieß daher vor zwei Jahren nicht überall auf Zustimmung und Partizipation im Revier. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass die Kommunen des Ruhrge-

bietes mit ihren lokalen Akteuren in der Kampagne „Faire Metropole Ruhr“ einig geworden sind.

Bei der Auszeichnung „Faire Metropole Ruhr“ betonte Dr. Marc Jan Eumann, NRW-Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, zutreffend den Vorbildcharakter des Titels: „Durch die Auszeichnung setzt das Ruhrgebiet ein starkes Zeichen. Die Region nimmt ihre globale Verantwortung ernst und ergreift konkrete Maßnahmen, um ihr gerecht zu werden.“ Bereits 2010 hatte sich das Ruhrgebiet durch die Magna Charta Ruhr.2010 verpflichtet, auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten. Die Organisatoren und Initiatoren der Auszeichnung, die Akteure des Netzwerks Faire Metropole Ruhr, sehen daher den Weg zur „Fairen Metropole Ruhr“ als logische Schlussfolgerung.

Verständnis von globalen Zusammenhängen

Die Auszeichnung „Faire Metropole Ruhr“ bewirkt zunächst keine substanzielle Veränderung des Konsumverhaltens oder der Umstrukturierung etwa des Beschaffungswesens im Ruhrgebiet. Sie ist jedoch ein wichtiger Schritt für das Verständnis von globalen Zusammenhängen und für mehr Engagement für den Fairen Handel auf kommunaler Ebene. Die sehr unterschiedlichen Beteiligten der Kirche, Weltläden, Schule, Presse, Politik und Wirtschaft kommen erstmals zusammen, um ein gemeinsames Vorhaben für ihre Gemeinde/Stadt zu definieren. Die Eine-Welt-Akteure entdecken vor allem, dass nicht nur die Konsumenten der Kommune ihre Zielgruppe ist, sondern auch die Politik und die Wirtschaft. D. h., man geht auf die Politiker der unterschiedlichen Parteien, auf die Journalisten der lokalen Zeitung und nicht zuletzt auf die Mitarbeiter/-innen sowie Eigentümer/-innen unterschiedlicher Handelsgeschäfte zu. So bil-



det die Fairtrade-Towns-Kampagne eine Struktur, vor allem vertreten durch die Steuerungsgruppen der Kommunen, die auf Partizipation basiert und die Bedeutung des Fairen Handels kommuniziert.

Aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft

Das Netzwerk Faire Metropole Ruhr spielte mit seinen Inputs, dem Mitwirken der Regionalpromotoren, seiner Hilfestellung und Netzwerkarbeit eine zentrale Rolle für die Bündelung der Fairtrade-Towns-Kampagne aus unterschiedlichen Kommunen des Ruhrgebiets hin zur Auszeichnung „Faire Metropole Ruhr“. Entscheidend bleibt weiterhin die Arbeit der Steuerungsgruppe vor Ort, die wichtige Akteure zusammenbringt und Klarheit über die finanziellen Gesichtspunkte und den Verwaltungsaufwand schafft. Sie bringt somit den Fairen Handel aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft.

Aus der Struktur des Fairen Handels lernen

Die Kampagne war immer dort sehr erfolgreich, wo die Initiatorinnen und Initiatoren eine breite Basis von Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft aufbauen konnten. Dabei konnten sie verständlich machen, dass es um die Unterstützung von Kleinproduzenten in Afrika, Asien oder Lateinamerika geht und der Faire Handel ein zuverlässiges Instrument bei der Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit und Armut ist.

Weitere Infos unter www.faire-metropole-ruhr.de ➔



verständlich stehen wir den Kommunen mit Rat und Tat zur Seite – schließlich wollen wir in zwei Jahren die Erneuerung des Titels für die Region erreichen und gerne auch Ziele darüber hinaus“, so Vera Dwors, Sprecherin des Netzwerks Faire Metropole Ruhr. Im Jahr 2014 geht das Netzwerk mit dem Projekt Faire KiTa, siehe www.faire-kita-nrw.de, intensiv an. Darüber hinaus arbeitet das Netzwerk auch durch die Schirmherrschaft von Manfred Breuckmann weiter daran, den Satz „Fairness gilt nicht nur auf dem Platz“ mit Leben zu erfüllen: „Wir wollen, dass die Fußballvereine im Ruhrgebiet faire Bälle ins Spiel bringen“, ergänzt Markus Heißler, Sprecher des Netzwerks. Ein weiteres Highlight des kommenden Jahres ist die Fair-Handels-Messe FAIR vom 5. bis 7. September 2014 in Dortmund, an der sich das Netzwerk beteiligt. Für sein herausragendes Engagement erhielt das Netzwerk Faire Metropole Ruhr 2012 den Fairtrade Award in der Rubrik Zivilgesellschaft.

Fairtrade-Town-Akteure im Kreis Soest

Das Engagement aus der „Fairen Metropole Ruhr“ macht im Kreis



Christian Neuhaus unterzeichnet Sommer 2013 im Name der Steuerungsgruppe Lippetal die erfolgreiche Bewerbung der Gemeinde.

Soest und in Ahlen Schule. Nach der Auszeichnung der Städte Lippstadt und Soest als Fairtrade-Towns kam Mitte Februar 2014 im Bürgersaal von Haus Biele die Auszeichnung von Lippetal als „Fairtrade-Gemeinde“. Initiatoren der sehr gut vernetzten Kampagne in Lippetal waren der Eine-Welt-Laden Oestinghausen und der Eine-Welt-Laden Lippborg.

Inzwischen sind die Fairtrade-Towns-Bewerbungen von Werl und Geseke auf dem Weg zu Fairtrade Deutschland. Die Steuerungsgruppe aus Werl ist durch ein breites Bündnis von Akteuren aus dem Vita communis e. V., der Kirche, der Schule und dem Agenda-Büro der Stadt Werl sehr gut aufgestellt. Entschlossenheit und Kraft stellt man auch in der Bewerbung als Fairtrade-Town der Gemeinde Geseke. Die Initiative kam von den Akteuren des Eine-Welt-Ladens Regenbogen, die im Lauf

der Bildung der Steuerungsgruppe große Zustimmung der Politik, Kirche und Wirtschaft bekommen haben. In den kommenden Monaten warten wir daher auf weitere feierliche Auszeichnungen in der Hellwegregion.

Weiter so

Wir warten auch auf weitere positive Entwicklungen in Ahlen, Bergkamen, Bönen, Kamen und Selm, die uns wegen der Symbolkraft der Auszeichnungszeremonien und der tiefgründigen Vernetzungsarbeit unterschiedlicher Protagonisten der Hellwegregion große Veränderungen unserer Gesellschaft durch die Eine-Welt-Bewegung versprechen.

Abstinenzforum e.V. Hamm
Gesundheitskommunikation

☞

Kompetente und vertrauliche Beratung bei Abhängigkeitserkrankungen und psychischen Instabilitäten. Über 30 Jahre Erfahrung.

☎ 02381 – 21677
Heinz Rode
Arbeitspädagoge

Hier könnte Ihre Anzeige stehen!

Kontakt: Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe)
Dorothee Borowski
Telefon (0 23 81) 4 15 11
Telefax (0 23 81) 43 11 52
E-Mail: fuge@fuge-hamm.de



FUGe-Mitglieder arbeiten in der Zukunftswerkstatt der Mitgliederversammlung vom 26.03.2014 im Cafe Komma.

Neue Wege bei Mitgliederversammlung

Wo sehen die FUGe-Mitglieder und -Freunde das Netzwerk im Jahr 2020? Wie können Ehrenamtliche gewonnen, begeistert und gehalten werden, oder wie kann der Weltladen mehr Kunden gewinnen, den Umsatz und die Gewinne steigern? Dieser und weiterer Fragen wurde mit dem „World Café“ während der Mitgliederversammlung am 26. März nachgegangen. An fünf Tischen wurde in Kleingruppen intensiv diskutiert. Nach zehn Minuten wurden die Tische gewechselt und die Gruppen durchmischt. Am Ende des kreativen Gedankenaustausch zur Zukunft von FUGe wurden unter der Leitung von Daniela Kaminski die Ergebnisse kurz vorgestellt, und alle Anwesenden erhielten die Möglichkeit, die für sie wichtigen Punkte noch einmal zu dokumentieren. In der nächsten FUGe-News erfahren Sie, zu welchen Ergebnissen die FUGe-Mitglieder gekommen sind.

Umweltpreis verliehen

„Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist, es wäre nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.“ Mit dem Zitat der Rockband „Die Ärzte“ überreichte der Vorsitzende des Umweltausschusses, Volker Burgard, den Umweltpreis der Stadt Hamm an das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe) und den Eine-Welt-Laden St. Regina Rhynern. Er lobte das ehrenamtliche Engagement der beiden Preisträger, die in Hamm viel dazu beitrügen, dass sich die Welt positiv verändere und Bio und fair „nicht mehr mit dem Makel der Selbstaufopferung und des Verzichts verbunden sind“. Eine Feststellung, die auch Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann unterstrich. Er hob zudem das gelungene Apfelsaft-Projekt von FUGe, NABU und Naturfreunde Hamm-Mitte hervor, das in ganz vorbildlicher Weise dazu beitrüge, Transportwege zu verkürzen und heimische Produkte lokal zu vermarkten. In seinen Dankworten bat FUGe-Vorsitzender Dr. Karl Faulenbach noch einmal darum, beim Einkauf und auch in der Gastronomie immer wieder nach Produkten aus dem Fairen Handel zu fragen.



Akteure des Weltladens Rhynern und des FUGe-Weltladens nehmen den Umweltpreis 2014 der Stadt Hamm entgegen.

Termine April bis Juni 2014

April 2014

Flucht und Migration nach Europa

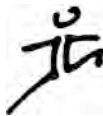
Di., 29.04.2014, 19.30 Uhr,
VHS Hamm



Plakat: Ärzte ohne Grenzen
Zur Europawahl veranstaltet FUGe eine Diskussionsrunde zu Flucht und Migration nach Europa. Nelli Foumba, Bundessprecher der JoG, und Bewerber/-innen des Europaparlaments, Johannes Ferstl (CDU), Fabio De Masi (Die Linke), Peter Alberts (B90/Die Grünen) und Andree Saatkamp (FDP) sind eingeladen. Für die SPD wird Dr. Dieter Wiefelspütz (MdB a. D.) kommen. Mod.: Angelika Lange-nohl-Weyer.

Der Eintritt ist frei.

In Koop. mit den Jugendlichen ohne Grenzen (JoG)



Mai 2014

Weltladentag

Sa., 10.05.2014, 10-13 Uhr,
Pauluskirche Hamm

FUGe lädt zum Weltladentag 2014: „Mensch. Macht. Handel. Fair.“ ein, der mit dem Thema Arbeits- und Menschenrechte in internationalen Lieferketten startet. Zudem informiert das Netzwerk über den aktuellsten Stand der Rezertifizierung der Stadt Hamm.



Der Eintritt ist frei.

Stadtforum zur Kommunalwahl in Hamm

Mo., 12.05.2014, 19.30 Uhr,
WA-Forum

Beim Podiumsgespräch zur Kommunalwahl sprechen die lokalen



Kandidaten OB Thomas Hunsteger-Petermann (CDU), Dennis Kocker (SPD), Marion Josten (Die Linke) und Volker Burgard (Die Grünen) über ihre Vorhaben zu lokaler Mobilität, Fairem Handel, globaler Verantwortung und kommunalem Klimaschutz. Mod.: Detlef Burrichter (WA).

Der Eintritt ist frei.

Kampagne für Saubere Kleidung

Di., 27.05.2014, 17.00 Uhr,
Pädagogisches Zentrum,
Stadthausstr. 3, Hamm

Kirsten Clodius, Christliche Initiative Romero (CIR) und Kampagne für Saubere Kleidung (CCC), spricht über die Hintergründe der ausbeuterischen Produktionsbedingungen bei Textilien weltweit.



Wie geht der deutsche Textilhandel damit um? Wie können wir Katastrophen, wie in Bangladesch, verhindern? Mod.: Wolfgang Langer, Sprecher der Steuerungsgruppe Fairtrade-Town Hamm.

Der Eintritt ist frei.

Juni 2014

„Weniger ist mehr“ Die Postwachstumsgesellschaft

Do., 12. Juni 2014
19.30 Uhr, VHS Hamm

Soll Wachstum in der Krise alle Wunden heilen? Hilft uns eine

„grüne Ökonomie“ oder ist das alter Wachstums-Wein in grünen Schläuchen?



Dr. Niko Paech, Prof. der Volkswirtschaft an

der Uni Oldenburg, spricht über sein Buch „Befreiung vom Überfluss“ und Wege zu einer Postwachstumsgesellschaft, welche dazu beiträgt, die Überlastung des Planeten zu beenden.

Eintritt: 4,00 Euro (erm. 2,00 Euro)

18. Eine-Welt und Umwelttag

Sa., 28. Juni 2014, 11.00 bis
17.00 Uhr, Marienschule Hamm



Am 28. Juni 2014 organisiert FUGe den 18. Eine-Welt-und-Umwelttag entlang der Franziskanerstraße an der Marienschule Hamm. Unter dem Motto „Klimaschutz und Mobilität“ befassen sich einige Akteure an ihren Infoständen mit regenerativer Energie und klimafreundlicher Mobilität, andere mit Recyclingsystemen, Naturkatastrophen, Umweltflüchtlingen und Migration. Die Themenvielfalt ist riesig. Es findet außerdem eine Talkrunde zu globaler Gerechtigkeit statt. Es werden Mitmach-Aktionen angeboten und Filme zu Umweltschutz und der Eine-Welt-Arbeit vorgeführt.

Der Eintritt ist frei.

Aktuelle Veranstaltungshinweise unter www.fuge-hamm.de